

# Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise I

Von

Richard Hauser, Christof Helberger,  
Gerhard Kleinhenz, Anita B. Pfaff, Winfried Schmähl

Herausgegeben von Helmut Winterstein



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Schriften des Vereins für Socialpolitik  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Neue Folge Band 152/ I

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 152 / I

---

Sozialpolitik  
in der Beschäftigungskrise I



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

# Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise I

Von

Richard Hauser, Christof Helberger,  
Gerhard Kleinhenz, Anita B. Pfaff, Winfried Schmähl

Herausgegeben von Helmut Winterstein



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise I**

hrsg. von Helmut Winterstein. — Berlin:

Duncker und Humblot

(Schriften des Vereins für Socialpolitik,  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozial-  
wissenschaften; N. F., Bd. 152/I)

NE: Winterstein, Helmut [Hrsg.]; Gesellschaft  
für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften:  
Schriften des Vereins . . .

1. Von Richard Hauser . . . — 1986.

ISBN 3-428-05949-2

NE: Hauser, Richard [Mitverf.]

**Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.**

© 1986 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Gedruckt 1986 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3-428-05949-2

## Vorwort

Die Beschäftigungskrise, in der sich unser Land seit Jahren befindet, hat erhebliche Spuren im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik hinterlassen. Der sozialpolitische Ausschuß der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) hat sich mit solchen Auswirkungen in seiner Jahrestagung am 27./28. September 1984 in Bamberg beschäftigt. Die zur Jahrestagung vorgelegten Referate wurden intensiv diskutiert. Die überarbeiteten Fassungen der Referate werden im vorliegenden Band veröffentlicht. Der sozialpolitische Ausschuß will die Beratungen zum gleichen Thema auf der Jahrestagung im September 1985 in Trier fortsetzen.

*Unterschrift der Herausgeber*



## Inhaltsverzeichnis

Probleme ausgewählter, vom laufenden Einkommen abhängiger Transfers bei hohem und stagnierendem Wirtschaftswachstum	
Von <i>Richard Hauser</i> , Frankfurt a. M. ....	9
Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik	
Von <i>Gerhard Kleinhenz</i> , Passau .....	51
Die Verflechtung der sozialen Wagnisse Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter und Arbeitsunfähigkeit seit der weltweiten Rezession im internationalen Vergleich	
Von <i>Anita B. Pfaff</i> , Augsburg .....	83
Soziale Sicherung und Schattenwirtschaft	
Von <i>Winfried Schmähl</i> , Berlin .....	137
Die Krisenanfälligkeit der Sozialversicherung und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung	
Von <i>Christof Helberger</i> , Berlin .....	207



# Die Verflechtung der sozialen Wagnisse Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter und Arbeitsunfähigkeit seit der weltweiten Rezession im internationalen Vergleich

Von *Anita B. Pfaff*, Augsburg

## 1. Gegenstand und Ziel der Arbeit

### 1.1 Problemstellung\*

Seit der weltweiten Rezession 1974/75 wurden fast alle Länder — auch die westlichen Industrienationen — mit erschwerten wirtschaftlichen und daraus resultierenden sozialen Problemen konfrontiert. Das zentrale und größte Problem stellten in fast allen Staaten die zunehmende Arbeitslosigkeit und als deren Folge die erhöhten Soziallasten dar. Die Lösungswege, die dabei gesucht und beschritten wurden, waren nicht überall die gleichen: Sie führten teils zu unterschiedlichen Ergebnissen, teils hatten sie auch unterschiedliche Rückwirkungen auf die Situation anderer Länder.

In Zeiten zunehmender wirtschaftlicher und politischer Interdependenz und auch verstärkter politischer Bemühungen um supranationale Integration sind die Erfahrungen einzelner Länder auch für andere Länder von wachsender Bedeutung: Der Einsatz unterschiedlicher sozialpolitischer Maßnahmen in anderen Ländern wird deshalb oft als ein Quasi-Experiment für die wahrscheinliche Wirkung ähnlicher Maßnahmen im eigenen Land angesehen. Doch bevor solche Erfahrungen auf die Situation im eigenen Land übertragen werden können, bedarf es einer vergleichenden Analyse von relevanten Sachverhalten in verschiedenen Ländern.

Für das Gebiet der Sozialpolitik besteht dabei das Problem, daß diese sich, stark geprägt von institutionellen, historisch gewachsenen Strukturen, sowohl hinsichtlich der Träger als auch hinsichtlich der Ziele und Maßnahmen oft gänzlich anders entwickelt hat.

---

\* Mein besonderer Dank gilt Herrn Dipl.-oec. U. *Fürstenau* für die Durchführung der statistischen Analysen am Rechenzentrum der Universität Augsburg, sowie Herrn Cand.-oec. H. *Zeidler* für das Zeichnen der Schaubilder.

Bei einem Vergleich von sozialpolitischen Bereichen muß man sich deshalb nur allzu oft auf Daten stützen, die prima facie nicht ohne weitere Qualifikation vergleichbar sind, oft auch nur schwer vergleichbar gemacht werden können, oder für die es viele alternative Vergleichsmöglichkeiten gibt.

Zu solchen Statistiken zählen z. B. jene, die das Arbeitskräftepotential, die Erwerbsspersonen, die Arbeitslosigkeit oder die Arbeitsunfähigkeit zu erfassen suchen. Ihr direkter Vergleich kann oft nur unter großem Aufwand und erheblichen Schwierigkeiten erfolgen.

Ein zweiter Problembereich besteht in der isolierten Untersuchung eines Teilbereichs: Diese muß auf Schwierigkeiten stoßen, da institutionelle Interaktionen zwischen Teilbereichen bestehen, die unterschiedliche soziale Wagnisse absichern sollen. So legt eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine liberale Politik der Frühverrentung nahe, beide Bereiche — Arbeitsmarkt und Verrentung — simultan zu betrachten. Auch das Niveau der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit kann nicht unabhängig von Verrentung und Arbeitslosigkeit gesehen werden. Schließlich greifen die Maßnahmen der Sozialpolitik in das individuelle Erwerbsverhalten fördernd oder hemmend ein.

Eine gemeinsame Betrachtung dieser Teilbereiche der Sozialpolitik ist vor allem seit der weltweiten Rezession 1974/75 erforderlich: Denn zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit wurden unterschiedliche Wege — von der Frührente bis hin zu spezifisch arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen — begangen. Als Resultat stellt das Generalsekretariat der International Social Security Agency (ISSA) auf seiner Forschungskonferenz über das gegenseitige Verhältnis zwischen den sozialen Wagnissen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter fest, daß es „in den letzten Jahren zu einer immer engeren Verflechtung zwischen bestimmten Versicherungsfällen — besonders Arbeitslosigkeit, Alter und Erwerbstätigkeit — gekommen ist, die traditionsgemäß als völlig getrennte Kategorien betrachtet werden“<sup>1</sup>.

### 1.2 Ziel und Arbeitsschritte

Das Ziel der Arbeit ist es, die Verflechtung und das Zusammenspiel der Teilbereiche der Sozialpolitik, die die sozialen Wagnisse Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter und Arbeitsunfähigkeit absichern sollen, insbesondere seit der weltweiten Rezession 1974/75, international vergleichend zu untersuchen.

<sup>1</sup> General Secretariat of the ISSA, *Interrelationships between Social Security Contingencies: The Main Issues in: International Social Security Agency (Hrsg.), Social Security, Unemployment and Premature Retirement, Studies and Research No. 22, Genf 1985.*

Die Einschränkung zeitlicher Art auf die Periode seit Anfang der siebziger Jahre erfolgt sowohl aus inhaltlichen Gründen — insbesondere wegen der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den 60er und 70er Jahren — als auch aus datentechnischen Gründen — für diese Zeitperiode gibt es über Länder hinweg eher vergleichbare Daten.

Der Einstieg erfolgt über die Erwerbsbeteiligung, die die Angebotsseite des Arbeitsmarktes darstellt, weil an ihr der überwiegende Teil der sozialpolitischen Maßnahmen ansetzt (während die Wirtschaftspolitik vor allem auch auf die Beeinflussung der Arbeitsnachfrage abzielt).

Die Untersuchung besteht aus den folgenden Arbeitsschritten:

1. Abklärung der Definitionen (Punkt 2.1 und 2.2).
2. Vorstellung einer theoretischen Konzeption, die eine Zuordnung unterschiedlichen Arbeitsangebotsverhaltens im Konjunkturverlauf gestattet (Punkt 2.3).
3. Darstellung der Beziehungen von Erwerbsbeteiligung und Rentenpolitik als Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Punkt 2.4.1 und 2.4.2).
4. Aufzeigen der Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und der Verrentung auf die Arbeitsunfähigkeit (Punkt 2.4.3).
5. Herleitung eines Modells der Interaktionen der genannten Bereiche (Punkt 2.4.4).
6. Internationaler Vergleich des tatsächlichen Erwerbsverhaltens und der tatsächlichen Interaktionen der genannten Bereiche mit den theoretisch zu erwartenden Interaktionen und Auswirkungen von Politiken (Punkt 3).
7. Einige Folgerungen über die Rolle einer aktiven Rentenpolitik zur Senkung der Arbeitslosigkeit in Zeiten anhaltender Rezession (Punkt 4).

In die Untersuchung werden die Länder

- Bundesrepublik Deutschland,
- Österreich,
- Schweden und
- Vereinigte Staaten von Amerika

einbezogen. Die Auswahl der Länder erfolgte wegen ihrer unterschiedlichen Orientierungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der bekannten Unterschiedlichkeiten der Systeme der sozialen Sicherung.

## 2. Theoretische Ansatzpunkte

Für das Verständnis der Verflechtung und des Zusammenspiels der Teilbereiche der Sozialpolitik, die die sozialen Wagnisse Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter und Arbeitsunfähigkeit absichern sollen, sind zunächst die Prozesse zu betrachten, die die Erwerbsbeteiligung bestimmter Personengruppen beeinflussen. Denn die sozialpolitischen Interventionen, die für den Fall der Arbeitslosigkeit ergriffen werden, knüpfen an Aspekten des Erwerbsverhaltens an.

Zur theoretischen Orientierung der Arbeit sollen

- der Begriff der Erwerbspersonen,
  - das Arbeitskräftepotential im konjunkturellen Verlauf,
  - die Resignations- bzw. die Zusatz-Arbeiter-Hypothese als Grundlage der Konjunkturreagibilität der Erwerbsbeteiligung bestimmter Personengruppen und
  - die Beziehung sozialer Wagnisse zueinander
- durchleuchtet und kritisch hinterfragt werden.

### 2.1 Zum Begriff der Erwerbspersonen

Die ausgewiesene Höhe der Arbeitslosigkeit hängt u. a. ganz wesentlich von der verwendeten Definition der Erwerbspersonen ab.

Zur Definition der Erwerbspersonen sind unterschiedliche Konzepte angewandt worden, die zu unterschiedlichen Höhen des Arbeitskräftepotentials<sup>2</sup> und somit zu unterschiedlichen Arbeitslosenquoten führen<sup>3</sup>:

- (1) Nach dem *Potentialkonzept* wird die gesamte im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerung (unter Annahme bestimmter Altersgrenzen) dem nationalen Arbeitskräftepotential zugeschrieben.
- (2) Nach dem *Unterhaltskonzept* werden nur die Personen erfaßt, die ihren Lebensunterhalt *überwiegend* aus Erwerbstätigkeit beziehen. (Somit werden Rentner, teilzeitarbeitssuchende Frauen, Auszubildende u. a. von diesem Konzept nicht erfaßt.)
- (3) Nach dem *Erwerbskonzept* werden alle inländischen Personen (in der Bundesrepublik sind dies Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet) unabhängig von der Bedeutung des Ertrages der Erwerbstätigkeit berücksichtigt. (Hierbei werden beispielsweise die mit Selbst-

<sup>2</sup> „Das Arbeitskräftepotential umfaßt alle Personen, die bereit sind, geeignet und nach den persönlichen Voraussetzungen in der Lage sind, eine entgeltliche Beschäftigung auszuüben“ (F. Egle, A. Ernst und P. Schnur, *Verdeckte Arbeitslosigkeit*, Göttingen 1976, S. 32).

<sup>3</sup> Ebenda, S. 8 ff.

ständigen verheirateten Frauen in der Landwirtschaft und im Einzelhandel, aber auch die Erwerbslosen, mitgezählt, weil sie eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit pflegen.)

- (4) Das *Labor-Force-Konzept* schränkt das Erwerbskonzept dermaßen ein, daß nur diejenigen Erwerbspersonen erfaßt werden, die im Erhebungszeitraum mindestens 15 Stunden gearbeitet haben. Und:
- (5) Das *Hauptberufskonzept* wiederum modifiziert das Unterhaltskonzept dadurch, daß die Auszubildenden auch mitgezählt werden.

Neben diesen 5 Aspekten der Erwerbstätigkeit ist zu unterscheiden, unter welchen Voraussetzungen ein zur Zeit nicht Erwerbstätiger den Erwerbspersonen zuzurechnen ist. Im wesentlichen geht es hierbei um Konkretisierungen des Erwerbs- und Labor-Force-Konzepts.

Die von der ILO bereits 1925 niedergelegten internationalen Standards<sup>4</sup> zur Messung der Arbeitslosigkeit haben zum einen Einfluß darauf, ob eine Person überhaupt zu den Erwerbspersonen gerechnet wird oder als Nicht-Erwerbsperson gilt, und zum anderen, ob sie als erwerbstätig oder arbeitslos gilt. Wenn aber die Zahl der Erwerbspersonen mit den verwendeten Standards variiert, dann muß in der Tat ein Konzept ausgewählt werden, das dem erkenntnisleitenden Interesse des Beobachters entspricht.

Eine solche Vorgehensweise wird auch erforderlich, weil insbesondere seit der weltweiten Rezession 1974/75 „die Vergleichbarkeit (der Arbeitslosenstatistiken) eher schwieriger geworden (ist) ...“

- In stärkerem Maße als früher und in unterschiedlichem Umfang von Land zu Land werden eine Reihe von beschäftigungserhaltenden, beschäftigungsfördernden oder arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen durchgeführt, die Höhe und Struktur der Arbeitslosigkeit beeinflussen.
- Das soziale Netz im Falle von Arbeitslosigkeit wurde unterschiedlich ausgebaut. Die Aussicht auf Unterstützungszahlungen dürfte aber eine wesentliche Motivation zur Einschreibung als Arbeitsloser beim Arbeitsamt darstellen<sup>5</sup>.

Sicherlich trifft auch Klauders Aussage zu, daß „die Aufteilung der Personengruppen, die nicht erwerbstätig sind, aber erwerbstätig sein wollen, auf registrierte und nicht registrierte Arbeitslosigkeit von Verhaltensgewohnheiten, statistischen Konventionen und von gesetzlichen Regelungen abhängig ist, die teilweise „zufällig“ und in den einzelnen

<sup>4</sup> Vgl. U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), *International Comparison of Unemployment*, Washington D.C. 1978, S. 6 ff.

<sup>5</sup> F. Egle, A. Ernst, P. Schmur, *Verdeckte Arbeitslosigkeit*, a. a. O., S. 50.

Ländern unterschiedlich sind und außerdem im Zeitablauf variieren können“<sup>6</sup>.

Daneben werden in einzelnen Ländern in unterschiedlichem Umfang sozialpolitische Maßnahmen ergriffen, die das Arbeitsangebot — und damit auch die Zahl der effektiv realisierten Erwerbspersonen — reduzieren (wie unten noch zu zeigen sein wird).

Für einen internationalen Vergleich<sup>7</sup> sind deswegen die offiziellen Arbeitslosenziffern bzw. die offiziellen Arbeitslosenquoten schon deshalb nur mit Vorsicht zu gebrauchen, weil sie

- unterschiedlichen Erfassungskonzepten unterliegen und außerdem
- von sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Eingriffen in den verschiedenen Ländern unterschiedlich stark „verzerrt“ werden.

Die Unterschiede im Erfassungskonzept sind vielfältig und sollen hier nicht im einzelnen referiert werden<sup>8</sup>. Neben den oben angeführten Aspekten der Definition der Arbeitslosen nach ILO-Standards ist als Hauptunterschied die Erfassung in der Form von registrierten Arbeitslosen und in der Form von Befragungen wie im Mikrozensus anzusehen. Dies entspricht nach bundesdeutscher Terminologie und Konvention der Unterscheidung in Arbeitslose und Erwerbslose. Da diese Zahlen allerdings für die Bundesrepublik in der Regel nicht allzu stark abweichen, obgleich unterschiedliche Personen erfaßt werden, übernehmen wir im weiteren für die untersuchten Länder jeweils die „offizielle“ Arbeitslosenzahl. Dies bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland und Österreich, daß die registrierten Arbeitslosen erfaßt werden. Auf die in den jeweiligen Mikrozensus erfaßten Erwerbslosen wird nicht gesondert eingegangen. Für Schweden und die USA werden die offiziellen Arbeitslosenzahlen und -quoten aus Arbeitskräftestichproben<sup>9</sup> (ähnlich dem Mikrozensus) ermittelt.

<sup>6</sup> W. Klaunder, Zur Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials, in: W. Klaunder und G. Kühlewind (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials. BeitrAB 56, Nürnberg 1981, S. 4.

<sup>7</sup> Vgl. C. L. Jusenius, B v. Rabenau, Unemployment Statistics in the United States and the Federal Republic of Germany: Problems of International Comparisons. National Commission on Employment and Unemployment Statistics, Background Paper No. 30, Washington D.C. April 1979; H. Werner, Unterschiede in der Erfassung der Arbeitslosigkeit: Ein zwischenstaatlicher Vergleich für die Länder der europäischen Gemeinschaft, in: MittAB, 15. Jg. (1982), S. 50 ff.

<sup>8</sup> Vgl. dazu: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), International Comparison . . . , a. a. O., S. 6 ff.

<sup>9</sup> Für die USA: monatlicher Current Population Survey (vgl. U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistic (Hrsg.), Handbook of Labor Statistic, Washington D.C. 1983, S. 1); für Schweden: Die vierteljährliche Arbeitskraftuntersökningen (vgl. Statistika Centralbyrån (Hrsg.), aktu Arbetskraftundersökningen Arsmedelal, Stockholm mehrere Jahre).

Ein weiterer wesentlicher Unterschied betrifft die Bezugsgröße der Arbeitslosenquote (den Nenner). Während in der Bundesrepublik und in Österreich die Zahl der Arbeitslosen auf die Zahl der abhängig Beschäftigten einschließlich der Arbeitslosen bezogen wird, beziehen Schweden und die USA die Arbeitslosen auf die Gesamtzahl der Erwerbspersonen. Wenngleich diese Größe die oben erwähnten Ungenauigkeiten aufweist und über die untersuchten Länder hinweg nicht ganz einheitlich gehandhabt wird, beziehen wir im weiteren die Arbeitslosen jeweils auf die Zahl der ausgewiesenen Erwerbspersonen.

Unterschiede in der Erwerbpersonendefinition zwischen den Ländern ergeben sich vor allem zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland einerseits, und Schweden und den USA andererseits, hinsichtlich der Behandlung von mithelfenden Familienangehörigen, die in den letzteren Ländern nur zu den Erwerbspersonen zählen, wenn sie 15 oder mehr Stunden wöchentlich arbeiten. Berufssoldaten werden in den USA nicht zu den (zivilen) Erwerbspersonen gezählt, in den anderen Ländern werden sie als Erwerbspersonen erfaßt.

Da es in dieser Untersuchung aber um die Auswirkung sozialpolitischer Interventionen in ihrer Interaktion zu anderen sozialen Tatbeständen geht, ist die offizielle Arbeitslosenquote ( $oALQ$ ) nur beschränkt vergleichbar, ob sie nun wie in Deutschland und Österreich definiert wird als

$$(1) \quad oALQ_{D, \delta} = \frac{AL_r}{uB + AL_r},$$

wobei:  $AL_r$  = registrierte Arbeitslose,  
 $uB$  = unselbständige Beschäftigte;

oder wie in Schweden und USA als

$$(2) \quad oALQ_{S, US} = \frac{AL}{E},$$

wobei:  $AL$  = Arbeitslose (bzw. Erwerbslose) und  
 $E$  = Erwerbspersonen.

Angesichts der genannten Unterschiede könnte die Wirkung von Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich nur beurteilt werden, wenn neben den offiziellen Arbeitslosen

- die Kurzarbeiter (bzw. lay-offs),
- die stille Reserve (d. h. die während der Rezession arbeitswilligen, aber nicht als „offizielle“ Arbeitslose aufscheinenden Personen),
- die Permanent Ausgeschiedenen (d. h. die als Folge der Rezession über sozialpolitische Maßnahmen wie Frühverrentung bzw. im Fall

von ausländischen Arbeitskräften über Heimkehr<sup>10</sup> aus dem Arbeitsmarkt ausgeschiedenen Personen)

mit berücksichtigt werden.

Eine solche Vorgehensweise würde eine „wahre“ Arbeitslosenquote bzw. Unterausnutzung des Arbeitskräftepotentials von:

$$(3) \ wALQ = \frac{AL + RES + PA + KAA}{E + RES + PA},$$

wobei: *RES* = Stille Reserve,

*PA* = Permanent Ausgeschiedene (Rentner und heimgekehrte Ausländer),

*KAA* = das Vollbeschäftigten-Äquivalent der durch Kurzarbeit freigesetzten Arbeitszeit,

erfordern.

Für die weiteren Analysen wird jedoch die Arbeitslosenquote in Form des Quotienten von offiziell Arbeitslosen und Erwerbspersonen herangezogen. Von einer Korrektur, die eine Schätzung der wahren Arbeitslosenquote erlaubt, muß jedoch abgesehen werden.

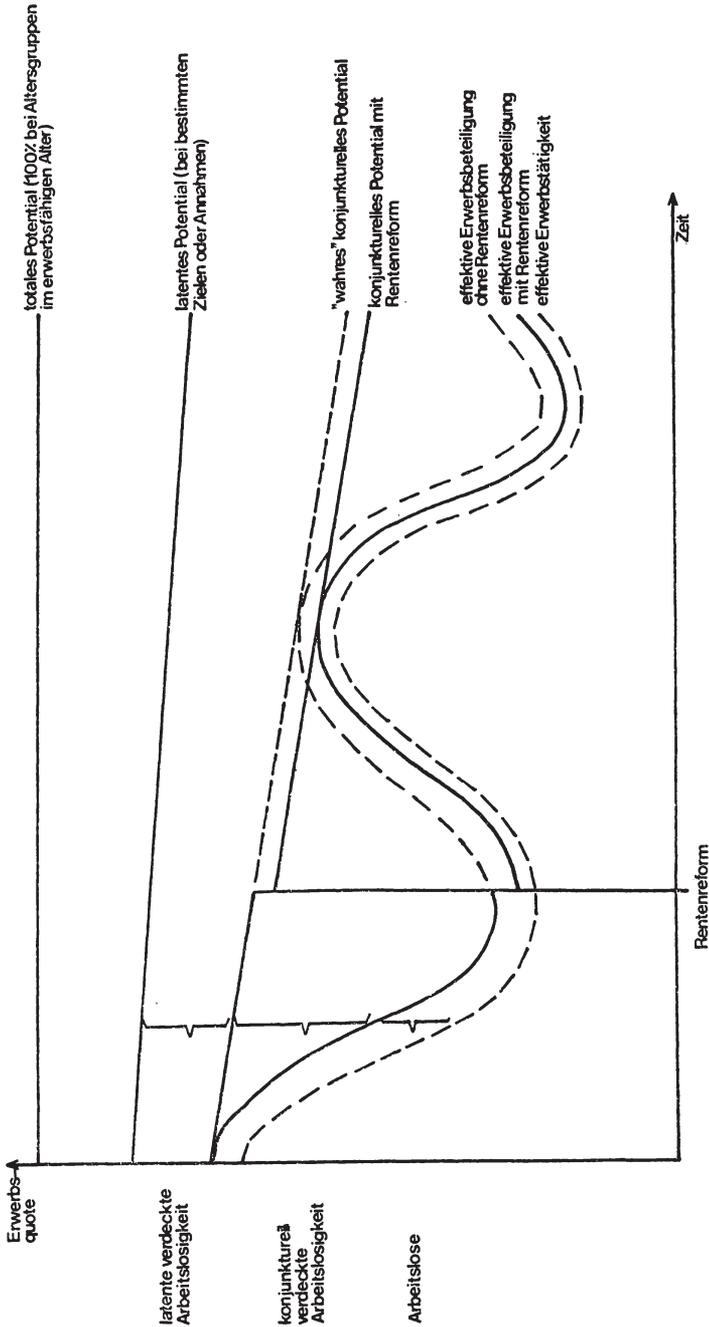
## 2.2 Das Arbeitskräftepotential im konjunkturellen Verlauf

Die Zahl der Erwerbspersonen, die wir zur Messung der Arbeitslosenquote heranziehen, variiert im Zeitablauf. Hierbei sind zwei Variationsmuster zu beachten, Zyklus und Trend (vgl. Abb. 1):

— *Zyklische Schwankungen* entstehen im Konjunkturverlauf, weil die hohe Arbeitslosigkeit in Zeiten der Rezession zu einem Absinken des Arbeitsangebots führt. Dies wird sich in der Zahl der Erwerbspersonen besonders dann zyklisch niederschlagen, wenn die Arbeitslosen nicht als registrierte Arbeitslose (wie z. B. in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Frankreich), sondern als nicht arbeitende, aktiv Arbeitssuchende erfaßt werden (wie z. B. in den Vereinigten Staaten und Schweden). Denn auch Arbeitslose, die nicht auf einen neuen Arbeitsplatz hoffen, werden sich arbeitslos melden, solange sie Arbeitslosengeld erhalten. Diese Gruppe geht in der Bundesrepublik und in Österreich *nicht* in der Stillen Reserve unter, weil die offizielle Definition der Arbeitslosen sich nur auf die registrierten Arbeitslosen bezieht. Andererseits würden diese Personen mangels aktiver Arbeitsplatzsuche, z. B. in den USA, nicht zu den Arbeitslosen, sondern zu den Nichterwerbspersonen gezählt

<sup>10</sup> Vgl. hierzu L. Bellmann, *Selektive Freisetzung von Ausländern während der Rezession 1974/75 in der Bundesrepublik Deutschland*, in: MittAB, 15. Jg. (1984), S. 147 ff.; A. Sturmthal, *Unemployment, Inflation, and „Guest Workers“*. Comparative Study of Three European Countries, in: *Industrial Relations*, Vol. 37 (1982), S. 758 ff.

Abb. 1: Schematische Darstellung der Auswirkung einer Rentenreform mit erhöhtem Rentenzugang auf die effektive Erwerbsbeteiligung



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an F. Egle, A. Ernst und P. Schnur, Verdeckte Arbeitslosigkeit, a. a. O., S. 23.

werden<sup>11</sup>. Bei verbesserten Arbeitsmarktchancen kommen die Personen aus dieser Stillen Reserve in den Arbeitsmarkt als Arbeitssuchende und Erwerbstätige zurück und erhöhen somit die Zahl der Erwerbspersonen.

— Neben den kurzfristig-zyklischen Schwankungen der Zahl der Erwerbspersonen bestehen noch *langfristige Tendenzen* in der Erwerbsbeteiligung, gemessen als globale Erwerbsquote der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter:

- So führt die Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeit zu einer Reduzierung des Arbeitsangebots bei jüngeren Männern und Frauen.
- Die Verbesserung der Ausbildung sowie sich verändernde Wertungen und Fortschritte in der Haushaltsproduktion führen zu einem langfristigen Steigen der Erwerbsbeteiligung von Frauen.
- Auch die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen sinkt langfristig ab.

So kann die Höhe der effektiv zu einem Zeitpunkt realisierten Erwerbsquote nicht als die prinzipielle Neigung der Bevölkerung zur Erwerbsbeteiligung angesehen werden, wie Egle, Ernst und Schnur sehr treffend ausführen:

„Die Heranziehung der Durchschnittstrends würde ja besagen, daß Teile der Bevölkerung zu verschiedenen Zeitpunkten, zu denen die effektiven Erwerbspersonen über den Trendwerten gelegen haben, eine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben, obwohl sie dies gar nicht wünschen ... Als Folgerung aus dieser Überlegung ergibt sich, daß der Trend durch die Maxima der effektiven Erwerbsquotenkurve theoretisch sicher zu plausibleren Ergebnissen des Arbeitskräftepotentials führt<sup>12</sup>.“

Die Autoren sehen also die im Konjunkturzyklus maximal realisierten Erwerbspersonen als konjunkturelles Arbeitskräftepotential an (vgl. Abb. 1). Die Divergenz zwischen diesen und der Zahl der effektiven Erwerbspersonen stellt die Höhe der Stillen Reserve oder der konjunkturell verdeckten Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Zeitpunkt dar.

<sup>11</sup> Vgl.: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), *How the Government Measures Unemployment*, Washington D.C. 1977, S. 3.

<sup>12</sup> F. Egle, A. Ernst, P. Schnur, *Verdeckte Arbeitslosigkeit*, a. a. O., S. 30; vgl. auch: W. Klauder und G. Kühlewind, *Überblick über das Erwerbspersonenkonzept des IAB — Bedeutung, Messung, Projektion*, in: D. Mertens und W. Klauder (Hrsg.), *Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials*. BeitrAB 44, Nürnberg 1980, S. 8 - 22; M. Thon, *Zur Quantifizierung des konjunkturellen Erwerbspotentials verheirateter deutscher Frauen*, in: W. Klauder und G. Kühlewind (Hrsg.), *Probleme der Messung ...*, a. a. O., S. 296 - 312; W. Klauder, *Arbeitskräfte-Potentialrechnung*, in: D. Mertens (Hrsg.), *Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*. BeitrAB 70, Nürnberg 1982, S. 99 - 119.

Das konjunkturelle Potential umfaßt auch Personengruppen, deren Erwerbsbeteiligung im Konjunkturverlauf *instabil* ist — wie Jugendliche, ältere Menschen, verheiratete Frauen, Behinderte und Resozialisanden. Für diese Gruppe „sekundärer Arbeitskräfte“ besteht zumindest eine gewisse Wahlmöglichkeit, entweder

- vom Einkommen der Eltern, des Ehemannes oder
- von Sozialleistungen oder
- von sonstigen Unterstützungen

ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Unter der Vielzahl objektiver und subjektiver Determinanten dieser Wahlentscheidung<sup>13</sup> (wie Entlohnung, alternative Transfereinkommen, effektiver Steuersatz etc.) spielt die wirtschaftliche Konjunktur eine bedeutende Rolle.

Von noch größerem Interesse jedoch ist das Konzept des *latenten Potentials*: In den Worten von Klauder und Kühlewind wird das latente Potential, „... da es unter den bisherigen Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht in Erscheinung getreten ist, nur längerfristig und wahrscheinlich nur bei entsprechenden politischen Maßnahmen mobilisierbar sein“<sup>14</sup>. Somit ist dieses Konzept *nicht* identisch mit dem des „wahren“ Arbeitskräftepotentials, das wir an den Anfang unserer Überlegungen gestellt haben: Das „wahre“ Potential entsteht durch das Zusammenspiel von Entscheidungen einzelner Personen und von politischen Maßnahmen, deren Ziel es ist, das Ausmaß der offiziellen Arbeitslosigkeit in Zeiten anhaltender Rezession zu reduzieren. Somit ist es unter den bisherigen Bedingungen des Arbeitsmarktes sehr wohl in Erscheinung getreten. Und wegen der Irreversibilität der Prozesse, die zu den Permanent Ausgeschiedenen geführt haben, ist es jedoch nicht als Teil der konjunkturell verdeckten Arbeitslosigkeit zu betrachten.

Sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Interventionen können nun zweierlei Wirkungen auf das Arbeitsangebot und damit die Zahl der Erwerbspersonen und des konjunkturellen Arbeitskräftepotentials haben: Zum einen können solche Maßnahmen latentes Potential mobilisieren, indem Personengruppen, die im konjunkturellen Potential bisher nicht enthalten waren, Anreize oder Unterstützungen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder — unter langfristigen Aspekten — zum Er-

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu R. C. Wilcox, *The Secondary Labor Force and the Measurement of Unemployment*, Princeton 1955, S. 167 - 208.

<sup>14</sup> F. Egle, A. Ernst, P. Schnur, *Verdeckte Arbeitslosigkeit*, a. a. O., S. 31 in Anlehnung an W. Klauder und G. Kühlewind, *Zur längerfristigen Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots in der Bundesrepublik Deutschland*, Technik, Probleme, Möglichkeiten und Grenzen, in: MittAB, Bd. 2 (1969), S. 796 ff.

werb einer Qualifikation geboten werden. Diese Maßnahmen können z. B. die folgenden Formen annehmen:

- Bereitstellung von Kinderkrippen und Tagesheimplätzen für Kinder von potentiell erwerbstätigen Müttern,
- Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte und
- berufsbildende Maßnahmen für Nicht-Erwerbspersonen.

Sie können auch mit „negativen Anreizen“ und Zwang ausgestattet sein: So könnte eine Verschlechterung der Renten für Witwen eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen „erzwingen“. Und in besonderen Situationen, beispielsweise im Krieg, wird über Zwangsmaßnahmen zusätzliches Arbeitskräftepotential mobilisiert.

Zum anderen kann in Zeiten eines lang andauernden Arbeitskräfteüberschusses durch sozialpolitische Maßnahmen vorübergehendes oder permanentes Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt gefördert werden. Einschlägige Maßnahmen sind z. B.

- Mutterschafts-, Karenz- oder Elternurlaub,
- Herabsetzen der Altersgrenze im Rentenrecht,
- Erleichterung des Zugangs zur Altersrente oder Invalidenrente,
- Verlängerung der Schulpflicht und
- Verlängerung des Wehrdienstes.

In Abbildung 1 drückt sich das „wahre“ Arbeitskräftepotential

- sowohl im Konjunkturzyklus als eine Erhöhung der effektiven Erwerbsbeteiligung und somit auch als eine Erhöhung der Maxima (d. h. des konjunkturellen Potentials)
- als auch in einer politikbedingten Erhöhung des latenten Potentials aus.

Jedoch sind die verschiedenen Konzepte des konjunkturellen Potentials nicht unumstritten.

Wenn man darüber hinaus die Schwierigkeiten von internationalen Vergleichen berücksichtigt, die sich

- aus unterschiedlichen Definitionen (sowie deren häufigen Änderungen) der Arbeitslosigkeit,
- aus unterschiedlichen Methoden der Datenerfassung,
- aus der unterschiedlichen Erfassung von sekundären Arbeitskräften,
- aus der Erfassung der Personen versus der Schätzung von Arbeitsvolumen als Rechnungseinheit u. a. m.<sup>15</sup>.

ergeben, so kann eine international vergleichende Arbeit im Vorfeld einer quantitativen Potentialschätzung sich auf die Durchleuchtung der Anpassungsprozesse wichtiger Personengruppen konzentrieren. Hierzu sind Verhaltenshypothesen bezüglich der Reaktionen der Arbeitskräfte auf die konjunkturelle Entwicklung erforderlich.

### 2.3 Die Resignations- und Zusatz-Arbeits-Hypothesen

In der gebräuchlichsten Formulierung der *Resignations-Hypothese* wird davon ausgegangen, daß sich der Arbeitslose vor allem dann um einen Arbeitsplatz bemühen wird, wenn die Erfolgswahrscheinlichkeiten hoch erscheinen und sich nicht aktiv engagieren wird, wenn diese niedrig erscheinen; er wird solche Bemühungen nach einer gewissen Zeit der erfolglosen Suche völlig einstellen, weil er angesichts der geringen Erfolgchancen resigniert<sup>16</sup>. Somit führt der Rückgang der Nachfrage nach Arbeit zu einem gleichgerichteten Rückgang des Angebots: Die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenquote unterschätzen demnach das wahre Ausmaß der Unterverwertung des Faktors Arbeit in Zeiten der Rezession<sup>17</sup>.

Darüber hinaus wird die Wahrnehmung der gegenwärtigen Erfolgsaussichten auch von der Erfahrung mit vergangenen Perioden der Arbeitslosigkeit beeinflusst. Diese dynamische Version der Resignations-Hypothese<sup>18</sup> postuliert,

— daß die Auswirkung vorhergehender Arbeitslosigkeit vor allem für Jugendliche eine „Beeinträchtigung“ hinterläßt, weil sie angesichts ihrer kürzeren Arbeitserfahrung weniger positive Verstärkung („reinforcement“) gegen die Enttäuschung mobilisieren können; und weil die frühen Erfahrungen als Investitionen in Humankapital in Richtung einer Karriere, in Fertigkeiten, Kontakte u. a. m. angesehen

---

<sup>15</sup> Vgl. dazu M. Durand-Drouhin, Bestimmungsfaktoren der Frauenerwerbsbeteiligung, in: W. Klauder und G. Kühlewind (Hrsg.), Probleme der . . . , S. 179 - 205, insbesondere S. 182 - 183 und 193 - 194; sowie D. Franzen, Altersspezifische Frauenerwerbsquoten im europäischen Vergleich, in: W. Klauder und G. Kühlewind (Hrsg.), Probleme der . . . , S. 206 - 216.

<sup>16</sup> Vgl. J. Mincer, Labor Force Participation and Unemployment: A Review of Recent Evidence, in: R. A. Gordon und M. S. Gordon (Hrsg.), Prosperity and Employment, New York 1966, S. 73 - 121; W. Bowen und T. A. Finegan, The Economics of Labor Force Participation, Princeton N.J. 1969.

<sup>17</sup> Vgl. dazu beispielsweise N. Simler und A. Tella, Labor Reserves and the Phillips Curve, in: Review of Economics and Statistics, Vol. 50 (1968), S. 32 - 49.

<sup>18</sup> Vgl. dazu S. O. Schweitzer und R. E. Smith, The Persistence of the Discouraged Worker Effect, in: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 27 (1974), S. 249; sowie dies., The Dynamic Effect of Unemployment on Labor Force Participation, in: American Statistical Association (Hrsg.), 1972. Proceedings of the Business and Economic Statistics Sections, S. 452 - 457.

werden, und sich Enttäuschungen somit gravierender auswirken müssen als im späteren Leben<sup>19</sup>;

— daß diese dynamische Beziehung von temporärer oder permanenter Art sein kann, wobei die erlittene „Beeinträchtigung“ vor allem im letzteren Fall auftritt.

Die genannten empirischen Studien belegen eindeutig, daß kurzfristige Fluktuationen in der Erwerbsbeteiligung durch Veränderungen im Arbeitsmarkt hervorgerufen werden. (Indirekt belegen sie die Relevanz eines psychologischen Modells der Rückkoppelung, wobei im Falle des Erfolgs ein positiver und im Falle des Mißerfolgs ein negativer Rückkoppelungseffekt postuliert wird<sup>20</sup>.)

Die ältere *Zusatz-Arbeits-Hypothese* postuliert eine *gegenläufige* Beziehung zwischen der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage und der Erwerbsbeteiligung<sup>21</sup>: Durch die Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit eines Familienmitglieds (in der Regel des Mannes) und des damit verbundenen Rückgangs des Familieneinkommens (vor allem, wenn kein Vermögen vorhanden ist) sehen sich die anderen Familienmitglieder (vor allem die Frau) genötigt, Arbeit zu suchen. Nach dieser Zusatz-Arbeits-Hypothese steigt demnach in der Rezession nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, sondern auch das Gesamtangebot an Arbeitskräften. (Es besteht somit eine negative Rückkoppelung zwischen dem Einkommen des Ehemannes und der Erwerbsbeteiligung der Frau und der anderen Familienmitglieder).

Im Konjunkturzyklus wirken die Resignations- und Zusatz-Arbeits-Effekte gegenläufig, jedoch nicht immer im gleichen Ausmaß: „A fall in employment from a cyclical peak is initially accompanied by a sharp decline in labor force participation, . . . As economic adversity continues, pressure builds up on additional workers whose entry into the labor force partially offsets the discouraged-worker effect“<sup>22</sup>.

Dernburg und Strand fanden heraus, daß die Resignations- und Zusatz-Arbeits-Hypothese für 11 der 14 in ihre empirische Untersuchung einbezogenen Gruppen zutrifft:

<sup>19</sup> Vgl. U.S. Department of Labor, *Manpower Report of the President*, Washington D.C. 1972, S. 90.

<sup>20</sup> Vgl. dazu auch L. Gordon, *Do the Poor Want to Work*, Washington D.C. 1972.

<sup>21</sup> Vgl. W. S. Woytinsky, *Additional Workers and the Volume of Unemployment in the Depression*, New York 1940; sowie die oben zitierte Literatur zur Resignations-Hypothese.

<sup>22</sup> Vgl. T. Dernburg und K. Strand, *Hidden Unemployment 1953 - 62: A Quantitative Analysis by Age and Sex*, in: *American Economic Review*, Vol. 56 (1966), S. 71 - 95.

- Die Erwerbsbeteiligung von Männern der Altersgruppe 25 - 64 ist fast autonom, d. h. unabhängig vom Konjunkturzyklus.
- Dagegen wird die Erwerbsbeteiligung von jüngeren und älteren Männern und von Frauen von dem Niveau der Beschäftigung beeinflusst, wobei bei allen Gruppen (außer bei Männern im Alter von 55 bis 64 Jahren) eine Zunahme der Beschäftigung insgesamt zu einer *Zunahme* der Erwerbsbeteiligung führt.
- Die Auswirkung dieser Effekte ist vor allem bei den sehr Jungen und sehr Alten bemerkbar; sie gewinnt bei Frauen an Bedeutung<sup>23</sup>.

In Zeitreihenuntersuchungen dieses Phänomens wurde der Resignations-Effekt oft mit dem *Substitutionseffekt* und der Zusatz-Arbeits-Effekt mit dem *Einkommenseffekt* der Nutzentheorie erklärt<sup>24</sup>: Demnach verläßt ein Arbeitsloser den Arbeitsmarkt, wenn der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage die vom Arbeitssuchprozeß erwarteten Arbeitseinkommen unter den Wert der Freizeit fallen läßt (Substitutionseffekt). Zur selben Zeit veranlaßt das Absinken des Familieneinkommens jedoch die anderen Mitglieder des Haushalts, die einen Teil der sekundären Arbeitskräfte darstellen, sich am Arbeitsmarkt auf der Suche nach Einkommen zu engagieren (Einkommenseffekt).

In der Mikro-Arbeitsangebots-Literatur werden diese Effekte explizit und im Modell von Mincer *zusätzlich* zu den Resignations- und Zusatz-Arbeits-Effekten erfaßt, indem der durchschnittliche Lohnsatz und das durchschnittliche Familieneinkommen zur Erklärung mit herangezogen werden:

Nun können aber — wegen der hohen Interkorrelation zwischen den erklärenden Variablen mit Querschnitten die Koeffizienten des Resignations- und des Zusatz-Arbeits-Effekts nicht getrennt werden. Somit verbleibt — laut Mincer — nur die Möglichkeit, den Nettoeffekt beider Einflüsse auf die Erwerbsbeteiligung zu schätzen, indem die zyklischen Veränderungen durch die *regionale* Arbeitslosenquote ausgedrückt werden. Dies setzt die Annahme voraus, daß die Bestimmungsfaktoren der konjunkturellen Schwankungen mit der Arbeitslosenquote korrelieren — eine Annahme, die gerade seit der weltweiten Rezession 1974/75 in vielen Ländern nicht zutreffend hat.

<sup>23</sup> Vgl. ebenda, S. 94.

<sup>24</sup> Vgl. dazu S. Altman, Present and Future Supply of Registered Nurses, U.S. Department of Health, Education and Welfare, Washington D.C. 1971; M. Cohen, S. Rea, Jr. und R. Lerman, A Micro Model of Labor Supply, U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics Staff Paper 4, Washington D.C. 1970; E. Kalachek und F. Raines, Labor Supply of Low Income Workers, in: The President's Commission on Income Maintenance Programs (Hrsg.), Technical Studies, Washington D.C. 1970, S. 159 - 187.

Das führt bei Mincer zu einem reduzierten Modell:

$$(4) M = a + b_1Y + b_2W + b_3U + e$$

mit:  $M$  = Erwerbsbeteiligung  
 $Y$  = durchschnittlichem Familieneinkommen  
 $W$  = durchschnittlichem Lohnsatz  
 $U$  = regionaler Arbeitslosenquote

Das Vorzeichen des Koeffizienten  $b_3$  zeigt auf, ob Resignations- oder Zusatz-Arbeits-Effekt bei einer Änderung der regionalen Arbeitsmarktbedingungen überwiegt. Bei einem signifikanten negativen Vorzeichen von  $b_3$  ist der Resignations-Effekt größer als der Zusatz-Arbeits-Effekt.

Die in Querschnittsuntersuchungen vielfach belegte, starke negative Korrelation zwischen Arbeitslosen- und Erwerbsquoten ist des weiteren eher auf die Auswirkung struktureller Faktoren auf die Erwerbsbeteiligung von sekundären Arbeitskräften, denn auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen. Andererseits hängen strukturelle und konjunkturelle Faktoren oft zusammen. Für eine Längsschnittbetrachtung würde dies bedeuten, daß Trend und zyklische Schwankungen getrennt werden müssen.

Abschließend kann folgendes festgehalten werden:

- (1) Der negative Zusammenhang zwischen Arbeitslosen- und Erwerbsquote, und somit die *Dominanz des Resignations- über den Zusatz-Arbeits-Effekt*, wird in fast allen empirischen Untersuchungen festgestellt.
- (2) Die Stärke des jeweiligen Effekts hängt von der Konjunkturphase ab: „Zu Beginn der Rezession überwiegt . . . der Resignations-Effekt (verheiratete Frauen ziehen sich zurück), bei längerem Anhalten der Rezession treten zusätzliche Arbeitskräfte ins Erwerbsleben (zum Beispiel nicht erwerbstätige Frauen von arbeitslos gewordenen Männern)<sup>25</sup>.“

Allerdings kann dieser Folgerung nur zugestimmt werden, solange eine aggregierte Betrachtung erfolgt. Die beiden Effekte treten nämlich in verschiedenen Gruppen möglicherweise mit unterschiedlicher Stärke auf. Vor dem Hintergrund der theoretischen Überlegungen zum individuellen Verhalten wird deutlich, daß mit dem Vorhandensein zusätzlichen oder alternativen Einkommens die Wahlhandlung zwischen Arbeit und Ausscheiden aus dem Erwerbsleben eher zugunsten des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben ausfällt<sup>26</sup>. Wird dies vor allem als eine

<sup>25</sup> F. Egle, A. Ernst und P. Schnur, Verdeckte . . ., a. a. O., S. 134.

<sup>26</sup> Vgl. F. Butschek, Versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen, in: Wifo-Monatsberichte, 55. Jg. (1982), S. 667 f.

Entscheidung unter Unsicherheit angesehen, so kann z. B. bei älteren Arbeitnehmern die Wahl eher zugunsten der (sicheren) Rente als zugunsten der unsicheren oder unwahrscheinlichen Arbeitsmöglichkeiten ausfallen. Auf der anderen Seite führt die steigende Unsicherheit über das Einkommen bzw. die Arbeitsplatzsicherheit — auch bei Unterstellung eines marginalistischen Kalküls — eher zu einer Entscheidung zugunsten der Erwerbstätigkeit der Frau, da — auch bei zunächst gleichbleibendem Einkommen des Mannes — der Erwartungswert des Einkommens sinkt, wenn die Arbeitsplatzsicherheit abnimmt.

Im nächsten Teil wollen wir uns der Frage zuwenden, wie sozialpolitische Maßnahmen wirken, um den Resignations- und Zusatz-Arbeits-Effekt zu verstärken bzw. abzuschwächen.

#### **2.4 Die Wechselwirkung zwischen sozialen Wagnissen und die Wirkung alternativer sozialpolitischer Maßnahmen**

Die Resignations- bzw. Zusatz-Arbeits-Hypothese bezieht sich auf das Verhalten von Einzelpersonen oder Personengruppen als Reaktion auf Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage. Die Sozialpolitik im allgemeinen, und die Arbeitsmarktpolitik im besonderen, konzentriert sich auf die Steuerung des *Arbeitsangebotes*. Dabei können unterschiedliche Maßnahmen sowohl auf eine Beeinflussung des Resignations- wie auch des Zusatz-Arbeits-Effekts gerichtet sein. Sie sprechen unterschiedliche Personengruppen mit unterschiedlicher Wirkungsweise an. Von ihrer Intention her können sie entweder

- auf ein vorübergehendes oder permanentes „Discouragement“ des Arbeitsangebots oder
- auf eine Ausweitung des Arbeitsangebots abzielen.

Gerade im Hinblick auf sozialpolitische Interventionen sind aber zwischen verschiedenen Ländern beträchtliche Unterschiede zu vermerken. Zwar ist nicht in Frage zu stellen, daß auch allgemeine Prozesse der Akkulturation und Sozialisation — bei unterstellten gleichen sozialpolitischen Interventionen — unterschiedliche Verhaltensweisen in verschiedenen Ländern hervorbringen. Im Kontext dieses Beitrages geht es jedoch primär um die Frage, wie unterschiedliche Sozialpolitiken gewirkt haben. Vor allem, wenn man Länder mit niedrigem Arbeitslosenniveau wie Österreich und Schweden betrachtet, drängt sich die Frage auf, ob ähnliche Politiken anderswo mit ähnlichen Ergebnissen (gemessen an der Arbeitslosigkeit) verbunden wären.

Im folgenden soll die Beziehung zwischen sozialen Risiken skizziert werden. Vor diesem Hintergrund werden dann sozialpolitische Entwick-

lungen in ihrer Wirkung auf die steigenden Arbeitsmarktprobleme seit der weltweiten Rezession 1974/75 betrachtet.

#### 2.4.1 Die Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Rentenpolitik

Zwischen den Institutionen der Sicherung bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenversicherung) und für den Tatbestand Alter und Erwerbsunfähigkeit<sup>27</sup> (Rentenversicherung) bestehen Interaktionen auf verschiedenen Ebenen.

Für alle Institutionen der sozialen Sicherung besteht eine Interdependenz fiskalischer Art: In Zeiten der Rezession mit gesunkenen Beschäftigtenzahlen sinken die Beitragseinnahmen aller Institutionen, während die Ausgaben steigen (Arbeitslosenversicherung) oder c. p. weitgehend unverändert bleiben (Renten- und Krankenversicherung). Dieses Problem wurde z. B. darin deutlich, daß im Zuge der Auswirkungen der Rezession 1974/75 in der Bundesrepublik Deutschland eine Beitragsleistung der Bundesanstalt für Arbeit an die gesetzliche Rentenversicherung für Arbeitslosengeldempfänger eingeführt wurde, um eine Verteilung der finanziellen Belastungen beider Versicherungszweige zu erzielen. Als Folge der simultan auftretenden Probleme wurden die Beitragsgrundlagen 1982 gesenkt<sup>28</sup>. Diese und ähnliche Finanzierungsprobleme aller Zweige der sozialen Sicherung ergeben sich in allen Industrienationen.

Darüber hinaus bestehen jedoch, je nach gesetzlicher Ausgestaltung des jeweiligen Rentensystems und Rechtsprechung, andere Interaktionen zwischen dem Wagnis der Arbeitslosigkeit einerseits und der Verrentungspraxis andererseits.

Die wichtigsten Regelungen sind:

- Möglichkeiten der vorzeitigen Inanspruchnahme von Altersrente bei Erfüllung der normalen Wartezeiten;
- Möglichkeiten der vorzeitigen Inanspruchnahme von Altersrente bei langen Versicherungszeiten;
- Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Altersrente bei Arbeitslosigkeit bestimmter Dauer;

<sup>27</sup> Im weiteren wird jeweils auf das wichtigste Alters- bzw. Erwerbsunfähigkeitssicherungssystem rekurriert, wengleich vor allem in den untersuchten Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten für verschiedene Personengruppen verschiedene Sicherungssysteme bestehen.

<sup>28</sup> Vgl. Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983) vom 20. 12. 1983, BGBl. I, S. 1857 - 1911.

- Möglichkeit der Inanspruchnahme von Invalidenrente bei entsprechender Arbeitsmarktlage;
- Mildere Prüfungen der Gesundheitsbeeinträchtigung bei älteren Arbeitnehmern<sup>29</sup>.

Die wichtigsten Charakteristiken der Rentensysteme der vier untersuchten Länder sind in Übersicht 1 zusammengefaßt. Daraus wird deutlich, daß bei an sich gleichen formalen „normalen“ Altersgrenzen in allen Ländern Möglichkeiten des vorzeitigen Rentenzugangs gegeben sind. Die USA sind dabei, was das Alter betrifft, vergleichsweise restriktiv (vorgezogene Altersgrenze 62)<sup>30</sup>. Andererseits erfordert die vorzeitige Inanspruchnahme der Rente keine zusätzlichen Voraussetzungen; sie führt allerdings für die gesamte Laufzeit zu einem versicherungsmathematischen Abschlag. Besondere Regelungen bei ungünstigen Arbeitsmarktchancen bestehen nicht und sind auch nicht erwünscht<sup>31</sup>.

In Schweden besteht prinzipiell ab 60 Jahren die Möglichkeit, ohne Zusatzbedingungen die Altersrenten (Grundrente und einkommensbezogene Zusatzrente) in Anspruch zu nehmen. Die Arbeitsmarktlage (und die Gesundheit) wird insofern berücksichtigt, als bei Vorliegen von schlechten Beschäftigungschancen der versicherungsmathematische Abschlag von der Rente entfällt.

Österreich und die Bundesrepublik Deutschland haben ähnliche Voraussetzungen für die Gewährung von vorzeitigem Altersruhegeld wegen Arbeitslosigkeit. Jedoch besteht die Möglichkeit des Rentenzugangs in Österreich für Frauen bereits im Alter von 55 Jahren.

Beim Invalidenrentenzugang wurden — mit Ausnahme der USA<sup>32</sup> — in den untersuchten Ländern Erleichterungen für den Zugang vorgenommen. Dies erfolgte teils auf dem Wege der Gesetzgebung<sup>33</sup>, teils durch Rechtsprechung<sup>34</sup> und teils in der Praxis des Bewilligungsverfahrens.

<sup>29</sup> Vgl. auch o. V., Frühverrentung im internationalen Vergleich, in: Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, 1981, Nr. 5, S. 1 ff.

<sup>30</sup> Die Altersgrenzen gelten in der Regel auch für Betriebsrenten, die in den USA eine bedeutende Rolle spielen, vgl. U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), *Employee Benefits in Medium and Large Firms* 1982, Washington D.C. 1983, S. 16 ff.

<sup>31</sup> V. P. Reno und D. N. Price, *Relationships between Retirement, Disability and Unemployment: The U.S. Experience*, in: International Social Security Agency (Hrsg.), *Social Security . . .*, a. a. O., S. 111 ff.

<sup>32</sup> G. Bruche, B. Casey, *Arbeit oder . . .*, a. a. O., S. 156; vgl. auch R. E. Barfield, *Some Observations on Early Retirement*, in: G. M. Shatto (Hrsg.), *Employment of the Middle-Aged*, Springfield Ill., 1972, S. 48 f.

<sup>33</sup> Z. B. gesetzliche Regelung in Schweden, die in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktlage seit 1970 bzw. 1972 einen Invaliditätsrentenzugang vorsieht; Erweiterung des Invaliditätsbegriffs für ungelernete Arbeit ab dem 55. Lebensjahr, durch die 35. Novelle zum ASVG in Österreich.

<sup>34</sup> Beschluß des großen Senats des Bundessozialgerichts vom 10. 12. 1976 (BKK 1977, S. 157), in Konkretisierung des Beschlusses vom 11. 12. 1969; vgl.

## Übersicht 1

## Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen zur Inanspruchnahme vorzeitiger Altersrenten oder arbeitsmarktabhängige Gewährung von Invalidenrenten

	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	Vereinigte Staaten von Amerika
Normales Altersruhegeld Altersgrenze Wartezeit	65 180 Monate	65 180 Monate Dritteldeckung	65 Grundrente, keine Wartezeit einkommensbezog. Rente, mind. 3 Jahre entsprechend hohe Einkommen	65 40 Quartale
Vorzeitige Altersrente ohne Zusatzbedingungen	—	—	ab 60 Jahren versicherungsmath. Kürzung der Rente	ab 62 Jahren versicherungsmath. Kürzung der Rente
Vorzeitige Altersrente bei langer Versicherungszeit Wartezeit	63 (60 Schwerbeh.) 35 anr. Versicherten- jahre	60 (Männer) 55 (Frauen) 420 Monate	— —	— —
Vorzeitige Altersrente für Frauen	60 mind. 10 von 20 J. vor Versicherungs- fall pflichtvers.	vgl. vorz. Altersrente bei langer Ver- sicherungszeit	—	—

<p>Vorzeitige Altersrente wegen Arbeitslosigkeit</p>	<p>60, wenn 52 Wochen innerhalb 1 ½ Jah. arbeitslos und 8 J. inh. d. letzten 10 J. rentenversicherungs-pflichtig beschäftigt (Wartezeit 180 Mon.)</p>	<p>60 (Männer), 55 (Frauen), innerhalb d. letzten 15 Monate 52 Wochen Arbeitslosengeld, Abfertigung (Wartezeit 180 Monate)</p>	<p>wie vorzeitige Rente, aber ohne versicherungsmath. Abschlag</p>	<p>—</p>
<p>Invalidentrenten (EU)</p>	<p>dauernde oder vorübergehende EU Wartezeit 60 Monate vor Erwerbsunfähigkeit 36 während der letzten 60 Monate ja (Rechtsprechung)</p>	<p>dauernde oder vorübergehende EU Wartezeit 60 Mon. ja</p>	<p>dauernde oder vorübergehende EU, wie Altersrente bei ger. Erwerbsminderung ja (ab 60)</p>	<p>dauernde oder vorübergeh. EU Wartezeit 1 Quartal pro Jahr ab 21. Lebensjahr u. Halbebelegung d. letzten 40 Quart. (bzw. Zeit ab 21 bei Personen unter 31 J.) —</p>
<p>Arbeitsmarktberücksichtigung</p>	<p>—</p>	<p>vorübergehend: Altersrente für Nachschichtarb. 57 (Männer) 52 (Frauen)</p>	<p>Teilrente für Personen ab 60 bei tlw. Aufgabe der Arbeit</p>	<p>—</p>
<p>Besondere Regelungen</p>	<p>Rechtsversicherungsordnung, bes. §§ 124f, 1248 (RVO) Angestelltenversicherungs-gesetz §§ 24, 25 (AVG)</p>	<p>Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), bes. §§ 235 - 237, 253, 253 a, b, 254</p>	<p>Rentenversicherungsgesetz von 1976 (Allmän Försäkring m m 1981 Stockholm 1983, S. 25 f. u. S. 64 ff.) Schwedisch. Inst. (Hrsg.), Tatsachen über Schweden Die Sozialversicherung in Schweden 1981.</p>	<p>Social Security Act 1935 letzte Novelle 1983 (o. A., Social Security Handbook, Washington D.C., o. J.)</p>
<p>Quelle</p>	<p>—</p>	<p>—</p>	<p>—</p>	<p>—</p>

Betrachtet man die vier Länder, so hat von allen Österreich den stärksten Spielraum zur Inanspruchnahme von vorzeitigen Renten in Anpassung an die Arbeitsmarktlage, wie sich in den niedrigen Altersgrenzen zeigt<sup>35</sup>. Die USA lehnen eine solche Politik vor allem in den letzten Jahren ab<sup>36</sup>. Allerdings kann bei Vorhandensein einer niedrigen Altersgrenze nicht von der Hand gewiesen werden, daß bei höherer Arbeitslosigkeit ein größerer Druck auf ältere Arbeitnehmer ausgeübt wird, von den Möglichkeiten der Verrentung Gebrauch zu machen. Dies könnte besonders seit der US-Rentenreform 1972 verstärkt der Fall sein, in der die Höhe der Renten angehoben wurde, so daß die gesetzlichen Renten eher einen ausreichenden Lebensunterhalt gewähren.

In der Bundesrepublik Deutschland werden zwar die beschäftigungspolitischen Aspekte einer früheren Verrentung diskutiert<sup>37</sup>, auf poli-

auch R. Braun, P. Knoedel, Die Arbeitsmarktlage und die Gewährung von Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit im Spiegel der Statistik, in: Deutsche Rentenversicherung, 1983, Heft 9 - 10, S. 621 ff.

<sup>35</sup> J. Peterka, The Significance of Early Retirement in Times of High Unemployment, in: International Social Security Agency (Hrsg.), Social Security . . . a. a. O., S. 63 ff.

<sup>36</sup> V. P. Reno und D. N. Price, Relationships . . . , a. a. O., S. 118 f.; vgl. aber auch D. W. Morse, S. H. Gray, Taking Early Retirement, in: Monthly Labor Review, Vol. 105 (February 1982), S. 53 ff. und Ph. L. Rones, Older Men — The Choice between Work and Retirement, in: Monthly Labor Review, Vol. 101 (November 1978), S. 3 ff.

<sup>37</sup> Vgl. G. Bäcker, G. Naegle, Arbeitsmarkt, Altersgrenze und die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer. Einige Anmerkungen zur Forderung nach einer weiteren Herabsetzung der Altersgrenze, in: WSI-Mitteilungen, 34. Jg. (1981), S. 679 ff.; Ch. Brinkmann, Arbeitslosigkeit und berufliche Ausgliederung älterer und leistungsgeminderter Arbeitnehmer, in: MittAB, 12. Jg. (1979), S. 517 ff.; H. Friel, Rentenversicherung als Arbeitsmarktinstrument, Minister Goelters Vorschlag, in: Arbeit und Sozialpolitik, 33. Jg. (1979), S. 311 f.; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), Die Erweiterung der flexiblen Altersgrenze als beschäftigungspolitisches Instrument, Teil 1: Möglichkeiten des vorgezogenen Ruhestandes in ausgewählten europäischen Ländern, 3. 2. 1982, in: IAB (Hrsg.), IAB Kurzberichte 1982 BeitrAB 42.4, Nürnberg 1983, S. 20 ff.; Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (Hrsg.), Die Erweiterung der flexiblen Altersgrenze als beschäftigungspolitisches Instrument, Teil 3: Die aktuellen Vorschläge in der Bundesrepublik Deutschland, 5. 2. 1982, in: IAB (Hrsg.), IAB Kurzberichte 1982 BeitrAB 42.4, Nürnberg 1983, S. 29 ff.; E. Kirner, Früherer Rentenbeginn entlastet Arbeitsmarkt, in: DIW-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 1 ff.; G. Kühlewind, Die Erweiterung der flexiblen Ruhestandsregelung als beschäftigungspolitisches Instrument, in: WSI-Mitteilungen, 30. Jg. (1977), S. 436 ff.; G. Kühlewind, Zur Erweiterung der flexiblen Altersgrenze, in: IAB (Hrsg.), Arbeitszeit und flexible Altersgrenze, BeitrAB 75, Nürnberg 1983, S. 163 ff.; Ch. Vollmer, Ältere Arbeitnehmer — Weitere Flexibilisierung, in: Bundesarbeitsblatt, Heft 1 (1982), S. 23 ff.; G. Kühlewind, Flexible Retirement Age: Enforced Idleness or Opportunity?, in: International Social Security Agency (Hrsg.), Social Security, Unemployment and Premature Retirement, Studies and Research No. 22, Genf 1985, S. 16 - 25; W. Schmähl, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit, in: Wirtschaftsdienst, 63. Jg. (1983), S. 337 ff.; G. Kühlewind, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit?, in: Wirtschaftsdienst, 63. Jg. (1983), S. 562 ff.; M. Steffen, F.-H. Nistrath, Die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt — Individuelles Ver-

tisch-gesetzgeberischer Ebene trat man diesem Komplex im Hinblick auf die Finanzlage der Rentenversicherung einerseits und die im internationalen Vergleich sehr hohe Invaliditätsverrentung andererseits eher zögernd nahe<sup>38</sup>.

Aus den bisherigen Ausführungen könnte der Eindruck entstehen, daß ein Zugang zur Rente zwingend ein Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt bedeutet. Dies trifft allerdings nur in beschränktem Umfang zu. Insbesondere was die Invalidenrenten und die vorzeitigen Altersrenten betrifft, weisen alle Länder Regelungen auf, die ein Ruhen der Rente oder eine Anrechnung des Erwerbseinkommens bewirken, wenn eine bestimmte — meist niedrige Einkommenshöhe — überschritten wird. In der Bundesrepublik Deutschland liegt diese Grenze bei einem Siebentel der monatlichen Bezugsgröße (§ 1247 [2] RVO), bei den vorzeitigen Altersrenten bei DM 1000 monatlich (§ 1247 [4] b RVO). In Österreich fällt die vorzeitige Rente wegen Arbeitslosigkeit weg, wenn eine versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit aufgenommen wird. Die Rente wegen langer Versicherungsdauer entfällt, wenn das Erwerbseinkommen einen Grenzbetrag (1984: ÖS 2189 monatlich, etwa DM 312) übersteigt. Die Einkommen der Invaliden in den USA dürfen „geringfügiges“ Einkommen (zwischen \$ 190 und 300 monatlich) nicht übersteigen. Allerdings ist anzunehmen, daß insbesondere in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die umfassenden Beschäftigungschancen invalider und älterer Personen vergleichsweise gering sind.

Diese geringeren Beschäftigungschancen schlagen sich allerdings erfahrungsgemäß nicht in einer höheren Bedrohung durch Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern nieder. Ältere Arbeitnehmer haben vielmehr eine geringere Chance, arbeitslos zu werden; allerdings dauert ihre Arbeitslosigkeit länger an, wenn sie arbeitslos werden<sup>39</sup>.

#### 2.4.2 Die Beziehungen zwischen Rentenpolitik und Arbeitsunfähigkeit

Eine Politik des erleichterten Rentenzugangs hat — ganz unabhängig davon, ob diese von hoher Arbeitslosigkeit oder gefüllten Kassen der Rentenversicherung motiviert ist — potentiell eine Auswirkung auf das

---

sagen oder gesellschaftliche Notwendigkeit?, in: C. Offe (Hrsg.), *Opfer des Arbeitsmarktes*, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 111 ff.; O. Blume, W. Plum, G. Naegele, *Altersgrenzen und Arbeitsmarktpolitik*, Opladen 1977, S. 191 ff.; P. Friedmann, S. Weimer, *Arbeitnehmer zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand*, Frankfurt, New York 1982, S. 72; G. Kühlewind, *Einführung in den Themenbereich flexible Altersgrenze*, in: IAB (Hrsg.), *Arbeitszeit und flexible Altersgrenze*, BeitrAB 75, Nürnberg 1983, S. 153 ff.

<sup>38</sup> Vgl. Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand vom 13. 4. 1984, BGBl. I, S. 601 - 609.

<sup>39</sup> Vgl. z. B. H. Hofbauer, *Materialien zur Situation älterer Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: MittAB, 15. Jg. (1982), S. 101 ff.

Niveau der Arbeitsunfähigkeit<sup>40</sup>. In vielen Ländern wurde zwar in der letzten Dekade über steigende Arbeitsunfähigkeit von Arbeitnehmern geklagt<sup>41</sup>, jedoch liegt bei einer statischen Betrachtung der Morbidität der Bevölkerung der Schluß nahe, daß bei einem Rückgang des Rentenzugangsalters der Anteil der Arbeitskräfte mit höherer Arbeitsunfähigkeit abnimmt, da das Durchschnittsalter der Beschäftigten sinkt.

In allen Ländern zeigt sich nämlich, daß mit steigendem Alter die Häufigkeit der Krankheitsfälle abnimmt, die Dauer je Fall jedoch stark zunimmt<sup>42</sup>. Daraus muß geschlossen werden, daß die Höhe der Arbeitsunfähigkeit mit sinkendem Rentenalter bzw. mit steigendem Rentenzugang der unter 63jährigen sinkt.

Prima facie spricht einiges dafür, daß dies auch für die Beziehung zwischen Invalidenrentenzugang und Arbeitsunfähigkeit gilt. Allerdings deuten die formalen Voraussetzungen — besonders deutlich wird dies im holländischen System — auf eine kurzfristig andersartige Beziehung hin, die (betrachtet man die Praxis und die Anreizsysteme) wohl auch in anderen Ländern Geltung haben kann.

In den Niederlanden müssen Bezieher von Renten der Invalidenrentenversicherung für Beschäftigte (WAO) die volle maximale Krankengeldzeit von 52 Wochen ausschöpfen, bevor sie Invalidenrenten beziehen können<sup>43</sup>. Dies bedeutet, daß mit einem hohen Invalidenrentenzugang auch ein höheres Niveau der Arbeitsunfähigkeit Hand in Hand gehen muß.

Formal ist die Ausschöpfung des Krankengeldes zwar nicht Voraussetzung für die Gewährung der Invalidenrente in den Ländern dieser

---

<sup>40</sup> Vgl. ebenda, S. 101.

<sup>41</sup> Vgl. für Schweden B. *Viklund* (Hrsg.), Wird in Schweden weniger gearbeitet? Stockholm 1981; für die USA J. N. Hedges, Job Commitment in America: Is it Waxing or Waning? in: *Monthly Labor Review*, Vol. 106 (July 1983), S. 17 - 24; Bureau of National Affairs (Hrsg.), *Employee Absenteeism and Turnover*, Washington D.C. 1974; Ministry of Health and Social Affairs (Hrsg.), *Rising Sickness Absence — A Statistical Analysis*, Stockholm 1980.

<sup>42</sup> Vgl. Bundesverband der Ortskrankenkassen (Hrsg.), *Statistik der Ortskrankenkassen 1981*, Bonn 1983, S. 237 ff.; Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt (Hrsg.), *Bericht über das Gesundheitswesen in Österreich im Jahr 1982*, Wien 1983, S. 90+; INIFES, *Vergleich von Niveau und Entwicklung der Arbeitsunfähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten Ländern*, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, 1985, S. 53; Allmän Försäkring m m 1981, Stockholm 1983, S. 194.

<sup>43</sup> J. T. *Allegro*, *Sickness Absence and Improving the Quality of Working Life*, in: International Social Security Agency (Hrsg.), *Absenteeism and Social Security*, Studies and Research No. 16, Genf 1981.

Untersuchung<sup>44</sup>, allerdings ist es mindestens in den europäischen Ländern für den Arbeitnehmer vorteilhaft, möglichst lange Krankengeld zu beziehen, weil dieses in der Regel höher ist als die Invalidenrente. Für die USA gilt dies wohl in geringerem Maße, da nicht alle Arbeitnehmer über eine Einkommenssicherung im Krankheitsfall verfügen, und die Lohnersatzquote niedriger ist als in den europäischen Ländern<sup>45</sup>. So gesehen liegt eher die Vermutung nahe, daß die Höhe der Arbeitsunfähigkeit mit steigendem Zugang von Invalidenrenten steigt. Allerdings ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß dem Altersrentenzugang — vorausgesetzt ein attestierender Arzt unterstützt dies — ein längerer Krankenstand vorausgeht.

### 2.4.3 Die Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit verlieren marginelle Arbeitskräfte eher ihren Arbeitsplatz. Zu ihnen zählen teilweise auch solche mit hoher Arbeitsunfähigkeit. Allerdings unterliegen manche Gruppen wie Schwerbehinderte einem besonderen Kündigungsschutz. Ältere Arbeitnehmer, die lange in einem Betrieb beschäftigt waren, werden mitunter trotz längerer Arbeitsunfähigkeit nicht entlassen. Demgegenüber kann die Angst vor der Entlassung auch dazu führen, daß Arbeitnehmer bei Erkrankung, wenn irgendwie möglich, doch zur Arbeit kommen<sup>46</sup>.

Zwar widerspricht die Tatsache, daß formal auch Arbeitslose arbeitsunfähig gemeldet sein können der These, daß das Niveau der Arbeitsunfähigkeit insgesamt sinkt, wenn kranke Arbeitskräfte ausscheiden. Jedoch ist davon auszugehen, daß die Krankmeldung der Arbeitslosen in vielen Fällen nicht erfolgt, da hierfür — bei kürzeren Krankheiten — weder eine besondere Motivation noch Kontrolle besteht.

Die These, daß die Arbeitslosigkeit mit dem Niveau der Arbeitsunfähigkeit negativ korreliert, wird auch dadurch gestützt, daß Arbeitslose in der Regel einen schlechteren Gesundheitszustand aufweisen als Beschäftigte<sup>47</sup>.

---

<sup>44</sup> Ausnahme ist die befristete Invalidenpension in Österreich, der eine 26wöchige Arbeitsunfähigkeit vorangehen muß.

<sup>45</sup> Vgl. D. N. Price, *Income Replacement during Sickness, 1948 - 78*, in: *Social Security Bulletin*, Vol. 44 (May 1981), S. 20 ff.

<sup>46</sup> Vgl. H. J. Kruidenier, *Ziekteverzuim en werkloosheid, een analyse op macroniveau over de periode 1965 - 1982*, Amsterdam 1983, S. 20 ff.

<sup>47</sup> Vgl. dazu für die Bundesrepublik Deutschland Ch. Brinkmann, *Zur Arbeitsmarktsituation von Behinderten und Leistungsgeminderten: Arbeitslosigkeit, berufliche Rehabilitation, arbeitsmarktpolitische Perspektiven*, in: *MittAB*, 14. Jg. (1981), S. 303 ff.; H. Hofbauer, *Materialien zur Situation ...*, a. a. O., S. 101; R. Schettikat, K. Semlinger, *Der eigenständige Effekt gesund-*

#### *2.4.4 Zusammenfassende Darstellung der Beziehungen zwischen den sozialen Wagnissen*

Die bisher aufgezeigten Beziehungen zwischen den einzelnen sozialen Wagnissen lassen sich in Wirkungsketten zusammenfassen und anhand von 4-Quadranten-Diagrammen illustrieren (vgl. Abbildungen 2 und 3).

Eine erhöhte Zunahme der Altersrenten — gemessen an der Altersrentenzugangsquote — führt c. p. zu einer Abnahme des Niveaus der Arbeitsunfähigkeit (gemessen als Fehlzeitenquote). Diese Beziehung wird in der Abbildung 2 als Rentenzugangs-Fehlzeitenquoten-Kurve ( $RZ/FQ$  im jeweiligen 2. Quadranten) dargestellt. Steigende Arbeitslosigkeit führt ebenfalls zu sinkenden Fehlzeiten (Arbeitslosen-Fehlzeitenquoten-Kurve  $ALQ/FQ$  im 4. Quadranten). Steigert ein Land in Anpassung an steigende Arbeitslosigkeit seine Rentenzugänge, so führt dies zu einem Absinken der Fehlzeiten, die über das Maß hinausgeht, die die Arbeitsloskeitszunahme alleine bewirkt hätte (1. Quadrant).

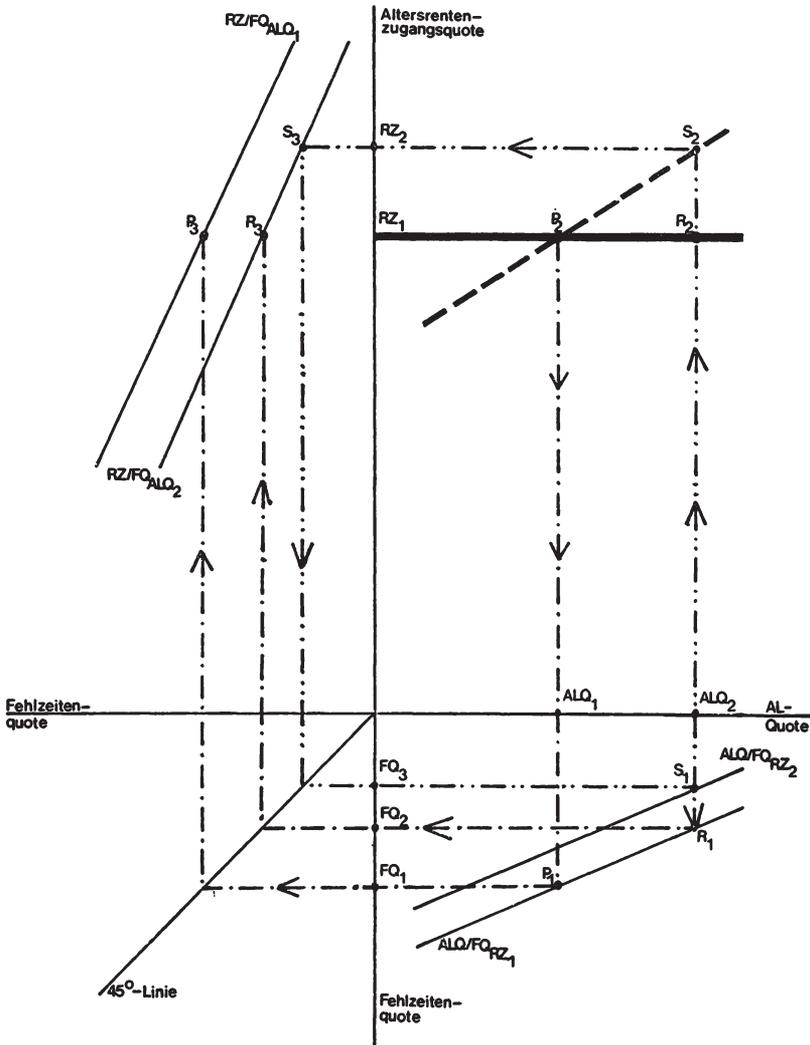
Dies läßt sich wie folgt erklären: Die Ausgangssituation sei durch die Punkte  $P_1$ ,  $P_2$  und  $P_3$  gekennzeichnet, die Arbeitslosigkeit bei  $ALQ_1$ , der Rentenzugang bei  $RZ_1$  und die Fehlzeiten bei  $FQ_1$ . Steigt die Arbeitslosenquote auf  $ALQ_2$  und das Land beschließt daraufhin, die Rentenzugänge *nicht* zu steigern (vgl. die dicke horizontale Linie im 1. Quadranten), so bleibt der Rentenzugang bei  $RZ_1$ , die Fehlzeitenquote sinkt auf  $FQ_2$  (4. Quadrant). Bei anhaltendem Rentenzugangsniveau liegt somit eine niedrigere Fehlzeitenquote vor: Die Rentenzugangs-Fehlzeitenquoten-Kurve verschiebt sich im 2. Quadranten von  $RZ/FQ_{ALQ_1}$  nach  $RZ/FQ_{ALQ_2}$ . Die neue Konstellation wird durch die Punkte  $R_1$ ,  $R_2$  und  $R_3$  wiedergegeben.

Bei einer alternativen Politik, die sich in der Steigerung der Rentenzugänge in Anpassung an die gestiegene Arbeitslosenquote (steigende gestrichelte Kurve im 1. Quadranten) manifestiert, steigt der Rentenzugang auf  $RZ_2$  und die Fehlzeiten sinken auf  $FQ_3$ . Betrachtet man die direkte Beziehung Arbeitslosigkeit-Fehlzeiten, so verschiebt sich die Arbeitslosigkeit-Fehlzeitenquoten-Kurve in Richtung Ursprung von  $ALQ/FQ_{RZ_1}$  auf  $ALQ/FQ_{RZ_2}$ , da bei höherem Rentenzugang jeder Arbeitslosenquote eine niedrigere Fehlzeitenquote entspricht. Die neue Situation wird durch die Punkte  $S_1$ ,  $S_2$  und  $S_3$  wiedergegeben.

---

heitlicher Einschränkungen als Vermittlungshemmnis, in: MittAB, 15. Jg. (1982), S. 437 ff.; F. Egle, W. Karr, R. Leutpoldt, Strukturmerkmale der Arbeitslosen für Ströme und Bestände sowie Analyse der Vermittlungstätigkeit, in: MittAB, 13. Jg. (1980), S. 107 ff.; Ch. Brinkmann, Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit, in: MittAB, 17. Jg. (1984) 4, S. 454–473; für Frankreich: Unveröffentlichte Materialien von A. Mizraki und A. Mizraki, Credoc, Paris 1984.

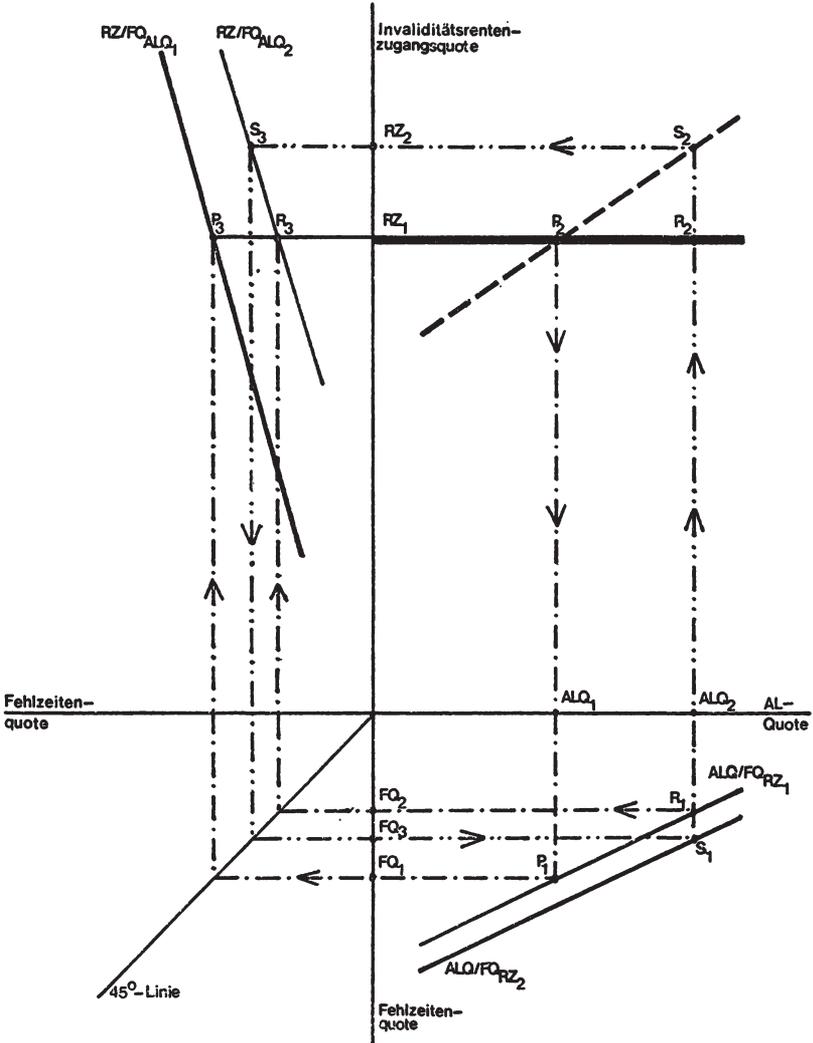
Abb. 2: Die Beziehung der sozialen Wagnisse Arbeitslosigkeit, Alter und Arbeitsunfähigkeit für unterschiedliche Politiken\*



Legende: \* Politikvarianten: **—** Politik 1: Keine Rentenzugangssteigerung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.  
**- - -** Politik 2: Rentenzugangssteigerung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Quelle: Eigene Darstellung.

Abb. 3: Die Beziehung der sozialen Wagnisse Arbeitslosigkeit, Invalidität und Arbeitsunfähigkeit für unterschiedliche Politiken\*



Legende: \* Politikvarianten: ——— Politik 1: Keine Rentenzugangssteigerung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.  
 - - - - - Politik 2: Rentenzugangssteigerung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Quelle: Eigene Darstellung.

Außerdem sinkt — was in dieser Graphik nicht deutlich wird — die ausgewiesene Arbeitslosenquote gegenüber der „wahren“ Arbeitslosenquote  $ALQ_2$ . Im ersten Jahr entspricht diese Senkung  $\frac{RZ_2 - RZ_1}{E_1}$ , d. h. der Differenz des Rentenzugangs geteilt durch die Zahl der Erwerbspersonen. Über Jahre hinweg können sich diese Effekte kumulieren.

Etwas anders gestaltet sich die Beziehung zwischen Invalidität, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit: In Abbildung 3 ist die Ausgangslage (wie zuvor) durch die Punkte  $P_1$ ,  $P_2$  und  $P_3$  gekennzeichnet. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote  $ALQ_2$  bewirkt, falls keine politischen Maßnahmen zur Rentenzugangssteigerung beschlossen werden, im 4. Quadranten ein Sinken der Fehlzeitenquote auf  $FQ_2$  und im 2. Quadranten ein Verschieben der Rentenzugangs-Fehlzeitenquoten-Kurve nach rechts oben. Die Situation ist durch die Punkte  $R_1$ ,  $R_2$  und  $R_3$  gegeben.

Erleichtert dagegen ein Land den Zugang zur Invaliditätsrente, steigt kurzfristig der Rentenzugang auf  $RZ_2$ , und die Fehlzeitenquote nimmt das Niveau  $FQ_3$  an, das in unserem Fall unter  $FQ_1$  liegt. Dieser Ausgang ist jedoch ungewiß: Bei einem flacheren Verlauf der  $RZ/FQ$ -Kurven wären Situationen denkbar, in denen die Fehlzeitenquote steigt oder gar unverändert bleibt.

Die Unsicherheit des Ergebnisses resultiert aus zwei gegenläufigen Wirkungen: Die Veränderung der Arbeitslosenquote alleine bewirkt die Bewegung von  $FQ_1$  nach  $FQ_2$ ; die Steigerung des Invalidenrentenzugangs bewirkt kurzfristig ein Steigen der Fehlzeitenquote von  $FQ_2$  nach  $FQ_3$ . Längerfristig bewirkt natürlich auch der höhere Invalidenrentenzugang eine Senkung der Fehlzeiten, da nunmehr Arbeitskräfte, die vor ihrer Verrentung durch höhere Abwesenheiten gekennzeichnet waren, den Arbeitsmarkt verlassen haben.

Die in Abbildung 2 und 3 ausgewiesenen theoretischen Wirkungsketten sind für die Formulierung von politischen Maßnahmen jedoch nur beschränkt verwendbar, da sie einen idealtypischen Charakter besitzen: In der Praxis ist eine politische Feinsteuerung über eine stetige Anpassung der Rentenpolitik, wie sie durch die steigende Kurve im 1. Quadranten suggeriert wird, schon allein wegen der eigenständigen (d. h. von der Arbeitsmarktlage unabhängigen) Zielsetzungen der Alterssicherung kaum realisierbar. Dennoch dient die Darstellung als Zusammenfassung der obigen Beziehungen und somit als Hintergrund für die empirischen Betrachtungen im Ländervergleich.

## 2.5 Zusammenfassung der Hypothesen

Aus den oben gemachten theoretischen Überlegungen lassen sich die folgenden Hypothesen für die empirische Aussage ableiten:

### *Zur Resignations-Hypothese:*

H. 1 a: Die Erwerbsbeteiligung der älteren Männer schwankt im Konjunkturverlauf. Sie sinkt mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts.

H. 1 b: Die Erwerbsbeteiligung älterer Frauen verhält sich ähnlich wie die der Männer; die Konjurreagibilität ist jedoch stärker.

### *Zur Zusatz-Arbeits-Hypothese:*

H. 2: Die Erwerbsbeteiligung von jüngeren Frauen (etwa 30 - 34jährig) schwankt im Konjunkturverlauf. Sie steigt nach einer Anpassungszeit mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts.

### *Zur Abhängigkeit der Politik der sozialen Sicherung von der Konjunkturlage:*

H. 3 a: Die Altersrentenzugänge steigen mit dem Niveau der Arbeitslosigkeit.

H. 3 b: Die Altersrentenzugänge steigen mit sinkendem Wirtschaftswachstum.

H. 4 a: Die vorzeitigen Altersrentenzugänge steigen mit dem Niveau der Arbeitslosigkeit.

H. 4 b: Die vorzeitigen Altersrentenzugänge steigen mit sinkendem Wirtschaftswachstum.

H. 5 a: Die Invalidenrentenzugänge steigen mit dem Niveau der Arbeitslosigkeit.

H. 5 b: Die Invalidenrentenzugänge steigen mit sinkendem Wirtschaftswachstum.

### *Zur Interaktion der Bereiche der Sozialen Sicherheit:*

H. 6: Das Niveau der Arbeitsunfähigkeit wird von Rentenzugang und Arbeitslosigkeit gemeinsam beeinflusst.

H. 6.1: Das Niveau der Arbeitsunfähigkeit sinkt c. p. mit steigendem (vorzeitigem) Altersrentenzugang.

H. 6.2: Das Niveau der Arbeitsunfähigkeit steigt kurzfristig c. p. mit steigendem Invalidenrentenzugang.

H. 6.3: Das Niveau der Arbeitsunfähigkeit sinkt mit steigender Arbeitslosigkeit.

Zum Ländervergleich:

H. 7: Das Ausmaß der Beziehungen unterscheidet sich zwischen den Ländern nach Politiken und Rahmenbedingungen.

### 3. Ergebnisse

Vor dem Hintergrund der in Punkt 2 formulierten theoretischen Grundlagen und Hypothesen wird nunmehr die Situation in den vier Ländern betrachtet und untersucht, ob sich Beziehungen der erwarteten Richtung nachweisen lassen, und ob diese Beziehungen signifikant sind.

#### 3.1 Zur Konjunkturabhängigkeit der Erwerbsbeteiligung ausgewählter Gruppen

Vor dem Hintergrund der Resignations- und Zusatz-Arbeits-Hypothesen wurde oben eine gruppenspezifische Differenzierung vorgenommen. Entsprechend der theoretischen Ableitung soll im folgenden die Dominanz des Resignations-Effekts über den Zusatz-Arbeits-Effekt für die älteren Männer und Frauen überprüft werden. Für die Gruppe der jüngeren Frauen soll der umgekehrte Effekt untersucht werden.

Dabei geht es nicht um die Frage des langfristigen Trends der Erwerbsbeteiligung, der bei älteren Menschen in der Regel negativ und bei den jüngeren Frauen positiv ist (vgl. Tab.1), sondern nur um die Anpassung der *trendbereinigten Erwerbsquoten im Konjunkturverlauf*.

Wie in Punkt 2.3 ausgeführt wurde, ist eine Trennung von Zusatzarbeits- und Resignations-Hypothese nicht leicht möglich. Ähnlich der Vorgehensweise von Mincer wird deshalb der Nettoeffekt (in dem sich allerdings gegenläufige Wirkungen niederschlagen) in Form von Regressionsanalysen geschätzt. Bei einem Überwiegen des Zusatzarbeits-Effekts bewirkt eine steigende Arbeitslosenquote auch ein Steigen der Erwerbsbeteiligung. Sinkt die Erwerbsbeteiligung dagegen mit steigender Arbeitslosigkeit, so überwiegt der Resignations-Effekt.

Die folgende Spezifikation wird für die Schätzgleichung dieser Beziehungen gewählt:

$$(5) \text{ Trendbereinigte Erwerbsquote} = \text{Konstante} + a_1 \text{ Arbeitslosenquote} + u_1$$

Hat  $a_1$  ein signifikant positives Vorzeichen, so deutet dies auf ein Überwiegen des Zusatz-Arbeits-Effekts hin ( $u_1$  stellt die stochastische Variable dar).

Tabelle 1

**Trend in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen  
nach Altersgruppen und ausgewählten Ländern, 1971 - 1982**

Geschlecht/ Alter	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
<i>Männer</i>				
15 - 64	-0,38** (0,04)	-0,19 (0,11)	-1,04 (0,83)	-0,13** (0,02)
50 - 54	-0,14** (0,04)	-0,28** (0,07)		0,23** <sup>b)</sup> (0,04)
55 - 59	-0,66** (0,06)		-0,34** (0,03)	-1,03** (0,07)
60 - 64	-3,34** (0,42)		-1,24** (0,12)	
<i>Frauen</i>				
15 - 64	0,52** (0,10)	0,12 (0,08)	2,16** (0,06)	1,18** (0,03)
25 - 29	0,95** (0,05)	0,12 <sup>a)</sup> (0,12)		2,13** (0,06)
30 - 34	1,03** (0,04)	0,46** (0,10)	2,53** (0,10)	
35 - 39	0,97** (0,07)		2,08** (0,07)	1,62** (0,05)
40 - 44	0,73** (0,04)		-0,24 (0,12)	
45 - 49	0,25* (0,08)	-0,19 (0,16)	3,19* (1,34)	0,75** (0,08)
50 - 54	0,07 (0,27)		1,97** (0,06)	
55 - 59	0,20** (0,06)		1,78** (0,05)	0,03 (0,05)
60 - 64	-0,03** (0,16)	-0,38** (0,06)	0,84** (0,13)	

*Legende:* a) Altersschritt: 20 - 29  
 b) Altersschritt: 45 - 54  
 \*\* hoch signifikant (1 %)   
 \* signifikant (5 %)

*Quelle:* Eigene Berechnung nach Daten des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1983, S. 15 ff.  
 Österreichisches Statistisches Zentralamt, Mikrozensusjahresergebnisse 1980, Wien 1981, S. 60 f., dass. Mikrozensus 1982, Wien 1983, dass. Statistisches Handbuch Österreichs 1974, Wien 1974, S. 24 - 29, S. 304 - 305, dass. Statistisches Handbuch Österreichs 1975, Wien 1975, S. 18.

Statistika Centralbyrån (Hrsg.) Aku Arbetskraftundersökningen Arsmiddeltal, Stockholm, m.J. jeweils S. 4 ff.

US Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, Handbook of Labor Statistics, Washington D.C. 1982, S. 16 f.

### 3.1.1 Ältere Männer und Frauen (Hypothese 1 a und 1 b)

Menschen, die knapp vor dem Rentenalter stehen, sind zwar in der Regel weniger von Arbeitslosigkeit bedroht, haben aber auch weniger Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, wenn sie dennoch arbeitslos werden. Deshalb liegt es für sie nahe, die Möglichkeiten wahrzunehmen, früher in Rente zu gehen und damit auf weitere Arbeit zu verzichten. Dies geschieht oft auch aufgrund sozialen Drucks von Arbeitskollegen. Die Erfahrungen in verschiedenen Ländern bei der Einführung flexibler Altersgrenzen oder bei der Senkung der Altersgrenze lehren, daß die Möglichkeit einer vorzeitigen Inanspruchnahme weit populärer ist als ein hinausgeschobener Rentenzugang. Aus all diesen Gründen ist zu erwarten, daß die Tendenz, in Zeiten schwacher Konjunktur aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, bei älteren Menschen relativ hoch ist.

Allerdings ist bei einer Untersuchung dieses Phänomens zu berücksichtigen, daß die Erwerbsbeteiligung (wie aus Tab. 1 ersichtlich) auch langfristige Trends aufweist. Deshalb sind bei der Untersuchung des Einflusses der Konjunktur nur die Trendabweichungen der Erwerbsbeteiligung heranzuziehen. Diese werden in Beziehung zur Arbeitslosenquote der Vorperiode gesetzt.

Aus Tab. 2 a und 2 b ist dieser Einfluß auf die Erwerbsbeteiligung älterer Männer und Frauen ersichtlich. Für die Männer ist in allen Ländern — außer in Schweden — ein negativer Regressionskoeffizient festzustellen. Mit steigender Arbeitslosigkeit sinkt somit die Erwerbsbeteiligung tendenziell. Die mangelnde Signifikanz des Koeffizienten deutet allerdings an, daß die Richtung der Beziehung nicht notwendigerweise immer gesichert ist.

Am stärksten wirkt sich der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Erwerbsbeteiligung älterer Männer in Österreich aus, gefolgt von der Bundesrepublik. Die USA weisen eine schwache negative und Schweden eine positive Beziehung aus. Tendenziell deuten diese Ergebnisse eher ein *Überwiegen des Resignations-Effekts* an.

Die *Ergebnisse* für Frauen lassen für Österreich und die Bundesrepublik ähnliche Schlußfolgerungen zu. Allerdings sind die Effekte bei ihnen nicht so stark ausgeprägt wie bei den Männern: Steigende Arbeitslosigkeit führt zu einem *geringeren* Rückgang der Erwerbsbeteiligung. Für Schweden und die USA finden sich jeweils leicht positive Koeffizienten, die allerdings nicht signifikant sind.

In der Tendenz überwiegt somit in Österreich und in der Bundesrepublik eher der Resignations-Effekt, in den USA und in Schweden eher der Zusatz-Arbeits-Effekt. Wie die Korrelationskoeffizienten (ins-

*Tabelle 2 a*  
**Einfluß der Arbeitslosigkeit der Vorperiode auf die konjunkturelle Erwerbsbeteiligung älterer Männer**  
 (60 - 64; USA: 55 - 64)

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
Arbeitslosenquote				
Regr.Koeff.	-1,42	-3,15	0,58	-0,09
Stand.-abw. d. R. K.	1,08	4,24	1,13	0,19
Konstante	4,06	5,50	-1,28	0,37
R	0,40	0,25	0,18	0,16
R <sup>2</sup>	0,16	0,06	0,03	0,03

Quelle: Vgl. Quellenangaben zu Tab. 1 und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1983, S. 64.  
 Österreichisches Statistisches Zentralamt, Statistisches Handbuch 1983, Wien 1983, S. 155 und frühere Bände.

*Tabelle 2 b*  
**Einfluß der Arbeitslosigkeit der Vorperiode auf die konjunkturelle Erwerbsbeteiligung älterer Frauen**  
 (60 - 64; USA: 55 - 64)

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
Arbeitslosenquote				
Regr.Koeff.	-0,55	-1,37	0,57	0,12
Stand.-abw. d. R. K.	0,40	1,03	1,07	0,13
Konstante	1,59	2,27	1,01	-0,98
R	0,42	0,42	0,19	0,31
R <sup>2</sup>	0,18	0,18	0,03	0,10

Quelle: Vgl. Quellenangabe zu Tab. 2 a.

besondere  $R^2$ ) andeuten, wird jedoch nur ein geringer Teil der Varianz in der trendbereinigten Erwerbsbeteiligung durch das Niveau der Arbeitslosigkeit erklärt.

Diese im Konjunkturabschwung zu beobachtende Tendenz zur Abnahme der Erwerbsbeteiligung älterer Menschen überlagert noch den langfristigen Trend zum Rückgang der Erwerbsbeteiligung dieser Gruppen in der Bundesrepublik und in Österreich, die sich in den signifikanten negativen Regressionskoeffizienten der altersspezifischen Trendgleichungen für 60 - 64jährige widerspiegelt. In Schweden und den USA hingegen sinkt nur die Erwerbsbeteiligung der Männer langfristig, während die der Frauen vor allem in Schweden langfristig steigt.

### 3.1.2 Jüngere Frauen (Hypothese 2)

Für jüngere Frauen erwarten wir, daß in stärkerem Maße der Zusatz-Arbeits-Effekt zum Tragen kommt. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse, in Tab.3 zusammengefaßt, deuten allerdings in eine andere Richtung: Für die europäischen Länder finden wir durchgängig *negative* Koeffizienten, d. h. der Resignations-Effekt überwiegt über den Zusatz-Arbeits-Effekt! Für die Bundesrepublik fällt dieser Koeffizient zwar im Wert geringer aus, ist jedoch signifikant. Für die USA war die Beziehung nicht signifikant. Im Vergleich zu den älteren Personen finden wir bei den jüngeren etwas höhere Signifikanzniveaus. Allerdings besteht keine sehr enge Beziehung zwischen den Variablen.

Der klare negative Einfluß des Niveaus der Arbeitslosigkeit bei jüngeren Frauen (im Vergleich zu älteren Männern und Frauen) erstaunt um so mehr, als bei älteren Menschen in Zeiten schwacher Konjunktur aufgrund der Verrentungsmöglichkeit eine klare Tendenz zur Senkung der Erwerbsbeteiligung zu erwarten wäre.

Diese mangelnde Konjunkturabhängigkeit bzw. die unerwartete Konjunkturabhängigkeit der Erwerbsbeteiligung jüngerer Frauen darf allerdings nicht als langfristiges Phänomen interpretiert werden. Denn wie aus Tab.1 deutlich wird, steigt in allen Ländern langfristig die Erwerbsbeteiligung jüngerer Frauen in einem erheblichen und meist hoch signifikantem Maß.

## 3.2 Zur Konjunkturabhängigkeit des Rentenzugangs

Die in 2.5 formulierten Hypothesen zur Auswirkung der konjunkturellen Lage werden anhand von Regressionsanalysen getestet. Dabei werden die qualitativen Einflüsse von Rentenreformen von den laufenden Wirkungen der Ausschöpfung von Handlungsspielräumen im konjunkturellen Verlauf getrennt.

**Tabelle 3**  
**Einfluß der Arbeitslosigkeit der Vorperiode auf die konjunkturelle Erwerbsbeteiligung jüngerer Frauen**  
**(30 - 34; USA: 25 - 34; Österreich: 30 - 39)**

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
Arbeitslosenquote				
Regr.Koeff.	-0,18*	-3,41	-1,38	keine aus- reichende Be- ziehung
Stand.-abw. d. R. K.	0,08	1,62	0,86	
Konstante	0,61	5,80	2,90	
R	0,62	0,60	0,49	
R <sup>2</sup>	0,39	0,36	0,24	

Legende: \*\* hoch signifikant (1 %)

\* signifikant (5 %)

Quelle: Vgl. Tab. 2 a und 2 b.

Es wird von linearen Beziehungen der Form

$$(6) \text{ Rentenzugang} = \text{Konstante} + b_1 \text{ Arbeitslosenquote} \\ + b_2 \text{ Rentenreform(en)} + u_1$$

und

$$(7) \text{ Rentenzugang} = \text{Konstante} + b_3 \text{ Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts} \\ + b_4 \text{ Rentenreform(en)} + u_2$$

ausgegangen, in denen die Einflüsse der Rentenreformen durch Renten-Dummy-Variablen berücksichtigt werden; die Rentenzugangsvariable wird als Rentenzugangsquote (Zahl der Rentenzugänge pro Einwohner im Alter zwischen 15 und 65, in v. T.) verwendet. Das gestattet eine direkte Vergleichbarkeit der Regressionskoeffizienten zwischen Ländern.

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wurde u. a. auch deshalb als Erklärungsvariable herangezogen, weil die (realisierte) Arbeitslosenquote bereits den Zustand *nach* den beschäftigungspolitischen Einflüssen (d. h. ex-post-Werte) widerspiegelt. Die „wahre“ Arbeitslosenquote (ohne diese Einflüsse) wäre jedoch eher als erklärungsrelevante Größe anzusehen, jedoch ist eine solche ex-ante-Größe nicht empirisch ermittelbar.

### 3.2.1 Altersrenten (Hypothesen 3 a und 3 b)

Das Ausmaß der Steigerung des Rentenzugangs wird wesentlich von der Politik eines Landes bestimmt. Wie oben festgestellt wurde, verfolgt von den untersuchten Ländern Österreich am konsequentesten eine beschäftigungspolitisch motivierte Rentenpolitik, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland und Schweden. Die USA orientieren ihre Rentenpolitik *nicht* an beschäftigungspolitischen Zielen.

In allen untersuchten Ländern bestehen (bei gegebener Rechtslage, über Maßnahmen einer flexiblen Altersrente) Freiheitsspielräume bei der Wahl des Verrentungszeitpunktes. Außerdem traten in den europäischen Ländern im Betrachtungszeitraum Reformen des Rentenversicherungssystems in Kraft, die entweder die Altersrente generell senkten (Schweden von 67 auf 65 Jahre), die flexible Altersgrenze einführten (Bundesrepublik Deutschland) oder eine solche absenkten (Österreich, Bundesrepublik Deutschland, Schweden).

Wirkungen auf das Niveau des Rentenzugangs gehen von zwei verschiedenen Phänomenen aus:

- Rentenreformen verändern sprunghaft und anhaltend das Verhalten älterer Menschen; eine Liberalisierung führt im allgemeinen zu steigenden Rentenzugängen.

Tabelle 4

**Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf den Rentenzugang (Altersrenten)**  
**— Regressionsergebnisse für ausgewählte Länder**

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
Arbeitslosenquote				
Regr.Koeff.	-0,47	-0,64	-1,35	-0,02
Stand.-abw. d. R. K.	0,24	1,02	0,77	0,10
Renten-Dummy				
Regr.Koeff.	1,80	0,96*	0,13	-0,19
Stand.-abw. d. R. K.	0,81	0,33	0,37	0,20
Konstante	8,32	7,43	11,88	11,76
R	0,66	0,73	0,62	0,41
R <sup>2</sup>	0,44	0,54	0,39	0,17
Wachstumsrate des BIP				
Regr.Koeff.	0,38	0,02	-0,24	0,03
Stand.-abw. d. R. K.	0,21	0,01	0,14	0,03
Renten-Dummy				
Regr.-Koeff.	1,36	1,02**	0,44	-0,17
Stand.-abw. d. R. K.	0,94	0,31	0,33	0,16
Konstante	7,12	6,11	8,91	11,46
R	0,45	0,76	0,61	0,50
R <sup>2</sup>	0,20	0,58	0,37	0,25

Legende: \*\* hoch signifikant (1 %)  
 \* signifikant (5 %)

Quelle: Vgl. Tab. 2 a und 2 b und Verband deutschen Rentenversicherungsträger, VDR-Statistik, Rentenzugang 1982, Frankfurt 1983 und frühere Jahrgänge.

Bundesministerium für soziale Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt, Bericht über das Gesundheitswesen in Österreich 1982, m. J. Allmän Försäkring mm 1981, Stockholm 1983, S. 275 und 286 und frühere Jahrgänge.

US Department of Commerce, Bureau of the Census, Statistical Abstract of the United States 1984, Washington D.C. 1984, S. 378 und frühere Jahrgänge.

— Die älteren Menschen schöpfen die in Form einer flexiblen Altersgrenze gegebenen Spielräume zur Verrentung bei höherer Arbeitslosigkeit (bzw. bei niedrigerem Wirtschaftswachstum) stärker aus.

Beide Einflußfaktoren lassen erwarten, daß insbesondere in Ländern mit beschäftigungspolitisch orientierter Rentenpolitik die die *Rentenreformen* berücksichtigenden Dummy-Variablen in der Schätzgleichung positive Parameterwerte aufweisen.

Des weiteren erwarten wir eine Steigerung im Rentenzugang bei steigender Arbeitslosigkeit, d. h. einen *positiven* Regressionskoeffizienten für die Arbeitslosenquote. Wegen der negativen Beziehung zwischen der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und der Arbeitslosenquote ist von der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ein *negativer* Einfluß auf den Rentenzugang zu erwarten.

Aus Tab. 4 sind die Regressionsergebnisse dieser Beziehungen zu entnehmen. Die Richtung der Beziehung wird durch das Vorzeichen des Regressionskoeffizienten angezeigt.

In allen untersuchten Ländern wirkt sich die *Arbeitslosenquote negativ* auf den Rentenzugang aus! Am stärksten ist die Beziehung für Schweden. Der Koeffizient der Arbeitslosenquote unterscheidet sich jedoch in keinem Land signifikant von Null.

Die *Rentenreformen* wirken in der Bundesrepublik, in Schweden und in Österreich mit dem erwarteten Vorzeichen, wobei der Regressionskoeffizient für Österreich signifikant ist. Die US-Reform von 1972 zeigt eine nicht signifikant negative Wirkung. Allerdings war diese Reform nicht auf eine Steigerung des Rentenzugangs, sondern auf eine Leistungssteigerung hin orientiert.

Die Beziehung zwischen Rentenzugang und Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zeigt mit entsprechend umgekehrten Vorzeichen ganz ähnliche Beziehungen wie die Arbeitslosenquote.

Prima facie scheinen diese Ergebnisse der Hypothese über die Konjunkturabhängigkeit des Rentenzugangs zu widersprechen. Denn was die Ausnutzung der Handlungsspielräume betrifft, ist kein signifikant positiver Einfluß zu erkennen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß eine kontinuierliche Feinsteuerung des Rentenzugangs in Konjunkturabhängigkeit dominiert wird von den schlagartigen Auswirkungen der Rentenreformen, die in den europäischen Ländern eine Liberalisierung des Rentenzugangs bewirkt haben. Die Renten-Dummy-Koeffizienten weisen auch die richtigen Vorzeichen auf. In der Folge der Reformen schwächen sich diese Wirkungen ab, wie z. B. deutlich im Rückgang der Rentenzugänge nach 1973 in der Bundesrepublik und nach 1976 in Schweden zu erkennen ist.

Daneben beeinflussen demographische Faktoren die Ergebnisse mit: Bedingt vor allem durch die Altersstruktur der männlichen Bevölkerung waren die Tendenzen zu einem steigenden Rentenzugang während der 70er Jahre von einer fallenden Tendenz überlagert, da gerade die Rentenzugangsjahrgänge dieser Periode kriegsbedingt verhältnismäßig schwach waren. Die Verwendung der Rentenzugangsquote an Stelle der Rentenzugänge kompensiert dies nur partiell.

Tabelle 5

**Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf den Rentenzugang  
(vorzeitige Altersrenten)**

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	USA
Arbeitslosenquote			
Regr.Koeff.	0,28*	-0,20	-0,13
Stand.-abw. d. R. K.	0,13	1,12	0,08
Renten-Dummy			
Regr.Koeff.	1,88**	1,24**	0,40
Stand.-abw. d. R. K.	0,44	0,36	0,17
Konstante	2,10	4,80	7,31
R	0,87	0,81	0,62
R <sup>2</sup>	0,77	0,65	0,38

Legende: \*\* hoch signifikant (1 %).  
\* signifikant (5 %)

Quelle: Vgl. Tab. 4.

### 3.2.2. Vorzeitige Altersrentenzugänge (Hypothesen 4 a und 4 b)

Bei den vorzeitigen Altersrentenzugängen werden, was die Richtung der Beziehung angeht, die gleichen Ergebnisse wie für die Altersrenten insgesamt erwartet; jedoch sollte die Hypothese noch eindeutiger bestätigt werden.

Tab. 5 faßt die Ergebnisse der Regressionsanalyse für die Beziehung zwischen Rentenzugang und Arbeitslosigkeit zusammen. Diese Ergebnisse bestätigen die Ausgangshypothese in der Tendenz: In Österreich und in der Bundesrepublik bewirken vor allem die *Rentenreformen* (hoch signifikant) eine Steigerung des Altersrentenzugangs von Personen unter 65 Jahren. In der Bundesrepublik führt außerdem noch die Arbeitslosigkeit (signifikant) zu einer entsprechenden Zunahme der Altersrenten. In den USA nimmt der vorzeitige Altersrentenzugang mit steigender Arbeitslosigkeit leicht, jedoch nicht signifikant ab. Für Schweden liegen keine Daten zu den vorzeitigen Rentenzugängen vor.

### 3.2.3 Invalidenrenten (Hypothesen 5 a und 5 b)

Wenngleich eine Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung c. p. das Niveau des Invalidenrentenzugangs senken würde, so treten diese Effekte dennoch in der Praxis wenig in Erscheinung, da eine beschäftigungspolitische Orientierung in der Altersrentenpolitik in der

*Tabelle 6*  
**Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf den Rentenzugang  
(Invalidentrenten)**

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
Arbeitslosenquote				
Regr.Koeff.	0,19*	0,82*	0,77	-0,15
Stand.-abw. d. R. K.	0,07	0,33	0,57	0,22
Renten-Dummy				
Regr.Koeff.	-0,18	0,56**	0,14	-0,10
Stand.-abw. d. R. K.	0,25	0,11	0,28	0,46
Konstante	5,78	1,22	6,96	4,62
R	0,66	0,94	0,43	0,33
R <sup>2</sup>	0,43	0,89	0,19	0,11
Wachstumsrate des BIP				
Regr.Koeff.	-0,10	-0,006	0,14	0,05
Stand.-abw. d. R. K.	0,06	0,04	0,11	0,07
Renten-Dummy				
Regr.-Koeff.	0,50	0,69**	0,03	-0,20
Stand.-abw. d. R. K.	0,28	0,16	0,24	0,39
Konstante	6,41	2,56	8,66	3,61
R	0,47	0,90	0,42	0,32
R <sup>2</sup>	0,22	0,81	0,18	0,10

Legende: \*\* hoch signifikant (1 %)  
\* signifikant (5 %)

Quelle: Vgl. Tab. 4.

Regel auch von einer Liberalisierung der Invalidentrentenpolitik begleitet wird. Aus diesem Grund wird erwartet, daß in den Ländern mit einer entsprechenden politischen Zielsetzung die Invalidentrentenzugänge mit steigender Arbeitslosigkeit steigen.

Die Regressionsergebnisse der Tabelle 6 zeigen für die *europäischen Länder* tatsächlich die erwarteten positiven Koeffizienten für die Arbeitslosenquote an. Der Koeffizient für Schweden ist allerdings nicht signifikant. In der Tendenz steigen die Invalidentrentenzugänge mit der Arbeitslosigkeit. In Österreich weist die Rentenreform-Dummy-Variablen darüber hinaus auch einen hoch signifikanten Koeffizienten mit positivem Vorzeichen auf.

In den USA besteht für den Gesamtzeitraum eine leicht negative Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Rentenzugang.

Insgesamt laufen die Entwicklungen aber konform mit den politischen Orientierungen: Wie der Wert des Regressionskoeffizienten ausdrückt, findet man in Österreich und in Schweden eine starke Zunahme der Invaliditätsrenten gegenüber der Veränderung der Arbeitslosenquote (der Zusammenhang für Schweden wird allerdings von den Jahren 1972 und 1973 geprägt). In beiden Ländern liegt aber die realisierte Arbeitslosenquote wohl erheblich unter der „wahren“ Arbeitslosenquote (die ohne Intervention vorherrschen würde), d. h. unter Verwendung der „wahren“ Arbeitslosenquote wäre der Wert der Regressionskoeffizienten vermutlich geringer. In der Bundesrepublik, die zu Beginn der Untersuchungsperiode schon vergleichsweise hohe Rentenzugänge aufwies<sup>48</sup>, war eine starke Zunahme der Invalidenrentenzugänge nicht erfolgt. Außerdem erscheint der Verlauf der Steigung schwächer, weil die beschäftigungspolitischen Maßnahmen weniger ausgeprägt waren.

Bezogen auf die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ergeben sich keine signifikanten Beziehungen außer einem — entgegen den Erwartungen — positiven Koeffizienten der Rentenreform-Dummy-Variablen für Österreich.

### 3.3 Zur Beziehung der sozialen Wagnisse (Hypothese 6)

Wie in Punkt 2.4.4 oben und den Abb. 2 und 3 deutlich herausgestellt wurde, wird eine Interaktionsbeziehung der sozialen Wagnisse im Konjunkturverlauf vermutet. Dabei wurden die in den Abb. 2 und 3 in Quadrant 1 behandelten Beziehungen der Arbeitslosigkeit zur Rentenpolitik im vorherigen Punkt 3.2 empirisch getestet.

Aus der Abb. 2 wird darüber hinaus deutlich, in welcher Beziehung die Wagnisse Krankheit (der Erwerbstätigen), Alter und Arbeitslosigkeit stehen. Das Niveau der Krankheit — gemessen als Fehlzeitenquote — ist abhängig vom Ausmaß des Altersrentenzugangs und der Arbeitslosigkeit. Daraus ergibt sich folgende Spezifikation:

$$(8) \text{ Fehlzeitenquote} = \text{Konstante} + b_1 \text{ Arbeitslosenquote} \\ + b_2 \text{ Altersrentenzugangsquote} \\ + b_3 \text{ Rentendummy} + u_1,$$

wobei erwartet wird, daß  $b_1$ ,  $b_2$  und  $b_3$  negative Vorzeichen haben.

<sup>48</sup> In Schweden liegt das Niveau zwar noch höher, jedoch weist dieses Land einen wesentlich höheren Anteil älterer Erwerbspersonen auf als die Bundesrepublik.

Tabelle 7

**Die Auswirkungen des Altersrentenzugangs und der Arbeitslosigkeit  
auf die Arbeitsunfähigkeit**

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
Arbeitslosenquote				
Regr.Koeff.	-0,17**	0,17	-0,71	-0,06
Stand.-abw. d. R. K.	0,04	0,33	0,36	0,04
Altersrentenzugangsquote				
Regr.Koeff.	-0,07	-0,12	0,02	0,04
Stand.-abw. d. R. K.	0,04	0,33	0,02	0,13
Renten-Dummy				
Regr.Koeff.	0,42*	0,40*	0,02	-0,01
Stand.-abw. d. R. K.	0,13	0,15	0,15	0,08
Konstante	6,14	4,48	7,83	3,19
R	0,87	0,82	0,78	0,69
R <sup>2</sup>	0,76	0,67	0,61	0,48

Legende: \*\* hoch signifikant (1 %)  
\* signifikant (5 %)

Quelle: Vgl. Tab. 4.

Für den Zusammenhang von Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit wird in Konkretisierung der Hypothese 6 folgende Spezifikation verwendet:

$$(9) \text{ Fehlzeitenquote} = \text{Konstante} + c_1 \text{ Arbeitslosenquote} \\ + c_2 \text{ Invalidenrentenzugangsquote} \\ + c_3 \text{ Rentendummy} + u_2.$$

Es wird erwartet, daß  $c_1$  negativ und  $c_2$  und  $c_3$  positiv sind.

### 3.3.1 Zur Beziehung Krankheit — Alter — Arbeitslosigkeit (Hypothesen 6.1 und 6.3)

Die Ergebnisse der Tests der Hypothesen 6.1 und 6.3 sind in Tab. 7 zusammengefaßt. Die Fehlzeitenquote wird in allen Ländern bis auf Österreich *erwartungsgemäß negativ* von der Arbeitslosigkeit beeinflusst, d. h. mit steigender Arbeitslosigkeit sinken die Fehlzeiten. Hoch

Tabelle 8

**Die Auswirkung des Invalidenrentenzugangs und der Arbeitslosigkeit  
auf die Arbeitsunfähigkeit**

Unabhängige Variable	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Schweden	USA
Arbeitslosenquote				
Regr.Koeff.	-0,19**	-0,15	-0,78	-0,04
Stand.-abw. d. R. K.	0,04	0,35	0,34	0,02
Invalidenrentenzugangsquote				
Regr.-Koeff.	0,27	0,50*	-0,12	0,14**
Stand.-abw. d. R. K.	0,13	0,14	0,19	0,03
Renten-Dummy				
Regr.Koeff.	0,35**		-0,02	0,06
Stand.-abw. d. R. K.	0,10		0,15	0,04
Konstante	4,04	3,00	9,29	3,03
R	0,89	0,85	0,77	0,92
R <sup>2</sup>	0,80	0,71	0,59	0,85

Legende: \*\* hoch signifikant (1 %)  
\* signifikant (5 %)

Quelle: Vgl. Tab. 4.

signifikant ist diese Beziehung allerdings nur in der Bundesrepublik Deutschland. Der Koeffizient für Schweden liegt zwar im absoluten Wert wesentlich höher, weist jedoch keine so klare Beziehung auf wie in der Bundesrepublik. Beides liegt wohl auch mit an den angesprochenen Abweichungen der „wahren“ von den realisierten Arbeitslosenquoten.

Steigende Rentenzugänge sollten die Fehlzeitenquote senken, d. h. die Altersrentenzugangsquote und/oder die Renten-Dummy-Variable sollten ein negatives Vorzeichen aufweisen. Diese Hypothese wird nur für Österreich und die Bundesrepublik Deutschland bestätigt; der Koeffizient ist jedoch nicht signifikant. Für Österreich und Deutschland weisen die Renten-Dummies zwar signifikante, *aber positive* Vorzeichen auf!

Eine Betrachtung der bivariaten Beziehung zwischen Fehlzeitenquote einerseits, und Arbeitslosigkeit und Altersrentenzugang andererseits, führt zu ähnlichen Ergebnissen.

### 3.3.2 Zur Beziehung Krankheit — Invalidität — Arbeitslosigkeit (Hypothesen 6.2 und 6.3)

Die Beziehung zwischen einer Zunahme der Invalidenrentenzugänge und der Fehlzeitenquote sollte kurzfristig positiv sein, die Wirkung der Arbeitslosigkeit auf die Fehlzeiten aber negativ. Aus Tab. 8 wird deutlich, daß die Arbeitslosenquote in allen Ländern in der *erwarteten Richtung* auf die Fehlzeitenquote wirkt, daß dieser Zusammenhang jedoch nur für die Bundesrepublik signifikant ist.

Die Rentenzugangsquoten wie auch die Renten-Dummy-Variable weisen in allen Ländern außer Schweden *den erwarteten positiven* Koeffizienten auf. Ein signifikanter Zusammenhang läßt sich für die Renten-Dummy-Variable nur für die Bundesrepublik sowie für die Invalidenrentenzugangsquote für die USA und Österreich bestätigen.

Die in den Regressionskoeffizienten zum Ausdruck kommenden Zusammenhänge werden zum Teil auch in den bivariaten Beziehungen deutlich.

Für Österreich und die USA können positive Beziehungen zwischen Invalidenrentenzugang und Fehlzeitenquote beobachtet werden. Für die beiden anderen Länder treten keine klaren Muster zutage.

## 4. Zum Abschluß

Zum Abschluß sollen einige methodische und sozialpolitische Folgerungen aus der theoretischen und empirischen Analyse gezogen werden.

Zunächst zu den methodischen Schlußfolgerungen: Die empirischen Analysen liefern folgende Ergebnisse:

- (1) Weder bei älteren Männern und Frauen noch bei jüngeren Frauen sind ausgeprägte *Schwankungen der Erwerbsbeteiligung* im Konjunkturzyklus zu vermerken. Dagegen überwiegt tendenziell bei allen drei untersuchten Gruppen in allen Ländern — mit der möglichen Ausnahme von Schweden — der konjunkturbedingte Resignations- über den Zusatz-Arbeits-Effekt.
- (2) Im Konjunkturverlauf ist eine „Feinsteuerung“ des *Altersrentenzugangs* in Abhängigkeit vom Niveau der Arbeitslosigkeit nicht evident. Die Spielräume zur Wahl des Verrentungszeitpunktes werden nicht in klarer Abhängigkeit von der konjunkturellen Arbeitsmarktlage ausgenützt. Eine stärkere Wirkung, die jedoch eher das Niveau als die Schwankungen der Rentenzugänge beeinflusst, geht von Rentenreformen aus, die eine Herabsetzung oder Flexibilisierung der Altersgrenze vorsehen.

- (3) Der *Invalidenrentenzugang* zeigt eine stärkere Abhängigkeit vom Niveau der Arbeitslosigkeit als der Altersrentenzugang. Auch in diesem Zusammenhang dominiert jedoch der Niveaueffekt von Rentenreformen über die zyklische Feinsteuerung.
- (4) Das Niveau der *Arbeitsunfähigkeit* sinkt in allen untersuchten Ländern leicht, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt.
- (5) Eine klare Beziehung zwischen der Höhe des *Altersrentenzugangs* und der *Arbeitsunfähigkeit* besteht nicht. Tendenziell scheint jedoch die Arbeitsunfähigkeit mit dem Rentenzugang zu steigen.
- (6) Steigende *Invaliditätsrentenzugänge* gehen kurzfristig mit einem steigenden Niveau der *Arbeitsunfähigkeit* einher.

Die Ergebnisse weisen häufig in die erwartete Richtung; die Koeffizienten sind jedoch in vielen Fällen nicht signifikant. Hauptursache hierfür ist die in der Kürze der Zeitreihe begründete geringe Samplegröße: Sie bestimmt die Zahl der Freiheitsgrade mit und führt zu höheren statistischen Fehlern, die sich in hohen Streuwerten der geschätzten Parameter niederschlagen. Die Berücksichtigung zusätzlicher Erklärungsvariablen verbietet sich, da eine solche Vorgehensweise die Freiheitsgrade und die Schätzgenauigkeit weiter beeinträchtigen würde. Diese Wirkung ist in Zeitreihenuntersuchungen besonders gravierend, da sie von der oft hohen Korrelation der erklärenden Variablen verstärkt wird.

Die Alternative, diese Probleme durch die Berücksichtigung längerer Zeitreihen zu reduzieren, wurde deshalb nicht gewählt, weil sich die Rahmenbedingungen — und somit die Kausalsysteme — der 70er Jahre und der 60er Jahre auf vielfältige Weise unterscheiden.

Trotzdem bestätigen die Ergebnisse der empirischen Analyse die eingangs vorgestellte These, daß eine Verflechtung zwischen den sozialen Wagnissen Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter und Arbeitsunfähigkeit besteht.

Diese Verflechtung ist teils auf die in der menschlichen Natur inhärenten Interdependenzen (beispielsweise zwischen Alter und Erwerbsunfähigkeit oder zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit) zurückzuführen; teils ist sie von gezielten sozialpolitischen Maßnahmen gefördert worden, deren Ziel vor allem eine Senkung der offiziellen Arbeitslosenquote in Zeiten anhaltender Rezession war.

Wie die empirischen Muster aufzeigen, waren die Länder Österreich und Schweden, die der Senkung der Arbeitslosigkeit einen besonderen Stellenwert zuteilen, auch in ihren Bemühungen „erfolgreich“, über

Frühverrentung (Alters- und Invalidenrenten) die Zahl der Erwerbspersonen zu reduzieren, und somit die ausgewiesene Arbeitslosigkeit niedrig zu halten. Wenngleich die Bundesrepublik solche Maßnahmen ebenfalls, jedoch in weniger konsequenter Form, anwandte, war die Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit bedeutend weniger evident. Und in den USA wurde nicht der Versuch unternommen, die Arbeitslosigkeit über eine Politik der Frühverrentung zu reduzieren — und die USA wiesen über weite Zeiträume auch die höchsten Arbeitslosenquoten aus.

Diese Betrachtung ignoriert allerdings die vielfältigen anderen beschäftigungspolitisch orientierten Maßnahmen. Es kann aus den 4 Beispielen nicht zwingend gefolgert werden, daß Länder mit einer aktiven Beschäftigungs- und Rentenpolitik notwendigerweise niedrige Arbeitslosenquoten erreichen können; oder umgekehrt, daß Länder, die der Wirtschaftspolitik (wie auch immer angelegt) ein Primat gegenüber sozialpolitisch motivierter Senkung der offenen Arbeitslosigkeit einräumen, notwendigerweise signifikant höhere Arbeitslosenquoten ausweisen müssen! Da die Arbeitslosigkeit von einer Vielzahl von Faktoren verursacht wird, kann aus den Korrelationsmustern nicht eindeutig auf Kausalitäten geschlossen werden. Im Zweifelsfall legen diese Muster jedoch die Vermutung nahe, daß solche kausalen Beziehungen mit höherer Wahrscheinlichkeit vorherrschen als zufällige Korrelationen.

Darüber hinaus gibt es weitere Gründe, die gegen eine aktive Rentenpolitik, insbesondere gegen die flexible Altersgrenze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, angeführt werden. Hierzu zählen beispielsweise

- *das Unwirksamkeitsargument*: „eine weitere Freigabe der Altersgrenze wird keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, da der weit überwiegende Teil der Renten heute sowie bereits lange vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze gewährt wird“;
- *das Produktivitätsargument*: „die durch eine Änderung der Ruhestandsregelung freiwerdenden Arbeitsplätze setzen lediglich einen Rationalisierungs- bzw. Produktivitätsschub in Gang“;
- *das Strukturargument*: „wegen beruflicher, qualifikations- oder regionsbezogener Strukturdiskrepanzen und mangelnder Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist eine Erweiterung der flexiblen Altersgrenze völlig ungeeignet, die Arbeitslosigkeit abzubauen“;
- *das Irreversibilitätsargument*: „eine einmal erfolgte Herabsetzung des Ruhestandsalters wird auf Dauer als sozialer Besitzstand angesehen, an dem auch dann nicht gerüttelt werden kann, wenn später einmal — insbesondere wegen der heute bereits absehbaren länger-

fristigen demographischen Entwicklung — Arbeitskräfte wieder knapp werden und das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern drastisch zurückgeht“;

— *das Schwarzarbeiterargument*: „die durch eine vorzeitige Verrentung gewonnene Freizeit wird nicht nur zur Muße verwandt, sondern insbesondere auch zu unbezahlter Eigenarbeit oder auch zu Schwarzarbeit, wodurch die Chance der Arbeitsmarktentlastung durch eine weiter flexibilisierte Altersgrenze zusätzlich entscheidend verringert wird<sup>49</sup>.“

Die Invalidenrentenzugänge zeigten in unseren Untersuchungen eine stärkere Reagibilität auf konjunkturelle Schwankungen. Dies liegt wohl an den für diesen Bereich zutreffenden höheren Ermessensspielräumen, die bei gegebener Gesetzeslage durch Rechtsprechung und Praxis ausgeschöpft werden.

Vielleicht liegen auch in diesem Bereich die besseren Steuerungsmöglichkeiten konjunktureller Art. Denn es ist grundsätzlich zu fragen, ob die *kurzfristigen* Probleme der konjunkturell verursachten Arbeitslosigkeit in der Tat durch *langfristig* wirksame Maßnahmen wie Senkung der Altersgrenze bekämpft werden können, oder ob nicht andere Instrumente der Gegensteuerung weniger unerwünschte Langzeitkosten mit sich bringen. Könnten wir davon ausgehen, daß wir einem langfristigen Phänomen geprägt von strukturell andauerndem Arbeitskräfteüberschuß gegenüber stehen, so würde eine Politik der Senkung der Altersgrenze ein weit überzeugenderes Instrument darstellen. Nach heutigem Informationsstand ist jedoch die Situation der 90er Jahre nicht genügend prognostizierbar.

Desweiteren erscheint die Frage berechtigt, ob die für die Frühverrentung älterer Menschen eingesetzten Mittel nicht ebenso erfolgreich für die Schaffung von *zusätzlichen* Arbeitsplätzen für jüngere Menschen verwendet werden können. Dies wirft jedoch weitere Fragen auf, wie beispielsweise nach der Rolle der aggregierten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, oder nach den Möglichkeiten und Grenzen der Umverteilung von Arbeit schlechthin. All diese Fragen gehen über das Anliegen dieser Arbeit hinaus.

Ob nun der sozialpolitischen Konzeption (beispielsweise Österreichs und Schwedens) einer aktiven Rentenpolitik zur Bekämpfung der Ar-

---

<sup>49</sup> Die Zitate stellen in leicht abgewandelter Form Definitionen dar aus G. Kühlewind, *Flexible Retirement Age*: ..., a. a. O., S. 16 - 25. Er weist jedoch darauf hin, daß all diese Argumente nur beschränkte Gültigkeit besitzen, und daß die flexible Altersgrenze nur ein Instrument unter mehreren zur Senkung der Arbeitslosigkeit darstellen könne.

beitslosigkeit der Vorzug gegenüber der sozialpolitischen Enthaltbarkeit (beispielsweise der USA) gegeben werden soll oder nicht, hängt sicherlich nicht nur von ökonomischen Argumenten ab:

- Für diejenigen, die in der Arbeitslosigkeit das sozialpolitische Problem par excellence sehen, scheinen die Kurz- und Langzeitkosten einer aktiven Rentenpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tragbar zu sein: „Jedenfalls scheint die teilweise Steuerung der Arbeitslosigkeit mit Mitteln der Pensionsversicherung und die Verteilung der dadurch entstehenden Lasten auf die gesamte Bevölkerung — solange die Finanzierung irgendwie möglich ist — die bessere Alternative zu sein, als die Arbeitslosen ohne jede Kontrolle ihrem Schicksal zu überlassen<sup>50</sup>.“
- Andere jedoch sehen in dieser Form der Politikverflechtung Gefahren für die eigenständigen Ziele und Verantwortlichkeiten der jeweiligen Sicherungsinstitutionen: Ein effizientes Management werde erschwert; die Transparenz der Probleme werde gemindert; es reduziere die Motivation der jeweiligen Institution, ihre Probleme selbst zu lösen, wenn diese an andere Institutionen weitergereicht werden könnten. Dem ist entgegenzuhalten, daß eine Verflechtung ja zwingend vorgegeben ist.

Letztendlich hängt die Entscheidung für die eine oder andere Politik jedoch davon ab, wieweit sich die Ziele und Zielgewichte des jeweiligen Landes bei kurzfristig wirkenden Sachzwängen in eine langfristig rationale Sozialpolitik einbetten lassen.

## Literaturverzeichnis

- Allegro*, J. T., *Sickness Absence and Improving the Quality of Working Life*, in: *International Social Security Agency* (Hrsg.), *Absenteeism and Social Security, Studies and Research No. 16*, Genf 1981.
- Allmän Försäkring m m* 1981, Stockholm 1983.
- Barfield*, R. E., *Some Observations on Early Retirement*, in: *Shatto*, G. M. (Hrsg.), *Employment of the Middle-Aged*, Springfield Ill. 1972, S. 45 - 62.
- Bäcker*, G., *Naegele*, G., *Arbeitsmarkt, Altersgrenze und die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer. Einige Anmerkungen zur Forderung nach einer weiteren Herabsetzung der Altersgrenze*, in: *WSI-Mitteilungen*, 34. Jg. (1981), S. 679 - 691.
- Bellmann*, L., *Selektive Freisetzung von Ausländern während der Rezession 1974/75 in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *MittAB*, 15. Jg. (1984), S. 141 - 150.

---

<sup>50</sup> *J. Peterka*, *Die Bedeutung einer vorzeitigen Pensionierung ...*, a. a. O., S. 6.

- Blume, O., Plum, W., Naegele, G.*, Altersgrenze und Arbeitsmarktpolitik. Eine empirische Untersuchung zu den beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten einer Vorverlegung der Altersgrenze in Nordrhein-Westfalen, Opladen 1979.
- Bowen, W., Finegan, T. A.*, *The Economics of Labor Force Participation*, Princeton N.J. 1969.
- Braun, R., Knoedel, P.*, Die Arbeitsmarktlage und die Gewährung von Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit im Spiegel der Statistik, in: Deutsche Rentenversicherung (1983), S. 621 - 651.
- Brinkmann, Ch.*, Arbeitslosigkeit und berufliche Ausgliederung älterer und leistungsgeminderter Arbeitnehmer, in: MittAB, 12. Jg. (1979), S. 517 - 524.
- Zur Arbeitsmarktsituation von Behinderten und Leistungsgeminderten: Arbeitslosigkeit, berufliche Rehabilitation, arbeitsmarktpolitische Perspektiven, in: MittAB, 14. Jg. (1981), S. 301 - 314.
- Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit, in: MittAB, 17. Jg. (1984), S. 454 - 473.
- Bruche, G., Casey, B.*, Arbeit oder Renten? Beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und den USA, Frankfurt 1982.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), *Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1983*, Bonn 1984.
- Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt (Hrsg.), *Bericht über das Gesundheitswesen in Österreich im Jahr 1982*, Wien 1983.
- Bundesverband der Ortskrankenkassen (Hrsg.), *Statistik der Ortskrankenkassen 1981*, Bonn 1983.
- Bureau of National Affairs, *Employee Absenteeism and Turnover*, Washington D.C. 1974.
- Butschek, F.*, Versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen, in: Wifo-Monatsberichte, 55. Jg. (1982), S. 666 - 674.
- Cohen, M., Rea, S., Lerman, R.*, *A Micro Model of Labor Supply*, U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics Staff Paper 4, Washington D.C. 1970.
- Dernburg, T. Strand, K.*, Hidden Unemployment 1953 - 62: A Quantitative Analysis by Age and Sex, in: *American Economic Review*, Vol. 56 (1966), S. 71 - 95.
- Durand-Drouhin, M.*, Bestimmungsfaktoren der Frauenerwerbsbeteiligung, in: Klauder, W., Kühlewind, G. (Hrsg.), *Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials*. BeitrAB 56, Nürnberg 1981, S. 179 - 205.
- Egle, F., Ernst, A., Schnur, P.*, *Verdeckte Arbeitslosigkeit*, Göttingen 1976.
- Egle, F., Karr, W., Leupoldt, R.* Strukturmerkmale der Arbeitslosen für Ströme und Bestände sowie Analyse der Vermittlungstätigkeit, in: MittAB, 13. Jg. (1980), S. 105 - 115.
- Franzen, D.*, Altersspezifische Frauenerwerbsquoten im europäischen Vergleich, in: Klauder, W., Kühlewind, G. (Hrsg.), *Probleme der Messung*

- und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials. BeitrAB 56, Nürnberg 1981, S. 206 - 216.
- Friedmann, P., Weimer, S., Arbeitnehmer zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand, Frankfurt, New York 1982.*
- Friel, H., Rentenversicherung als Arbeitsmarktinstrument, Minister Goelters Vorschlag, in: Arbeit und Sozialpolitik, 33. Jg. (1979), S. 311 - 312.*
- General Secretariat of the ISSA, Interrelationships between Social Security Contingencies: The Main Issues, in: International Social Security Agency (Hrsg.), Social Security, Unemployment and Premature Retirement, Studies and Research No. 22, Genf 1985.
- Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand vom 13. 4. 1984, BGBl. I, S. 601 - 609.
- Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983) vom 20. 12. 1983, BGBl. I, S. 1857 - 1911.
- Gordon, L., Do the Poor Want to Work, Washington D.C., 1972.*
- Haveman, R. H., Burkhauser, R. V., Halberstadt, V., Public Policy Towards Disabled Workers. Cross National Analysis of Economic Impacts, Ithaca, London, 1984.*
- Hedges, J. N., Job Commitment in America: Is it Waxing or Waning? In: Monthly Labor Review, Vol. 106 (July 1983), S. 17 - 24.*
- Hofbauer, H., Materialien zur Situation älterer Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB, 15. Jg. (1982), S. 99 - 110.*
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), Die Erweiterung der flexiblen Altersgrenze als beschäftigungspolitisches Instrument, Teil 1: Möglichkeiten des vorgezogenen Ruhestandes in ausgewählten europäischen Ländern, 3. 2. 1982, in: IAB (Hrsg.), IAB Kurzberichte 1982 BeitrAB 42.4, Nürnberg 1983, S. 20 - 25.
- Die Erweiterung der flexiblen Altersgrenze als beschäftigungspolitisches Instrument, Teil 3: Die aktuellen Vorschläge in der Bundesrepublik Deutschland, 5. 2. 1982, in: IAB (Hrsg.), IAB Kurzberichte 1983 BeitrAB 42.4, Nürnberg 1983, S. 29 - 32.
- Inifes. Vergleich von Niveau und Entwicklung der Arbeitsunfähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten Ländern, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Augsburg-Leitershofen 1985.
- Jusenius, C. L. und Rabenau, B. v., Unemployment Statistics in the United States and the Federal Republic of Germany: Problems of International Comparisons. National Commission on Employment and Unemployment Statistics, Background Paper No. 30, Washington D.C., April 1979.*
- Kalachek, E., Raines, F., Labor Supply of Low Income Workers, in: The President's Commission on Income Maintenance Programs (Hrsg.), Technical Studies, Washington D.C. 1970, S. 159 - 187.*
- Kirner, E., Früherer Rentenbeginn entlastet Arbeitsmarkt, in: DIW-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 1 - 5.*

- Klauder, W.*, Arbeitskräfte-Potentialrechnung, in: Mertens, D. (Hrsg.), Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB 70, Nürnberg 1982, S. 99 - 119.
- Zur Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials, in: Klauder, W., Kühlewind, G. (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials. BeitrAB 56, Nürnberg 1981, S. 3 - 10.
- Klauder, W., Kühlewind, G.*, Überblick über das Erwerbspersonenkonzept des IAB — Bedeutung, Messung, Projektion, in: Mertens, D., Klauder, W. (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials. BeitrAB 44, Nürnberg 1980, S. 8 - 22.
- Zur längerfristigen Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots in der Bundesrepublik Deutschland. Technik, Probleme, Möglichkeiten und Grenzen, in: MittAB, 2. Jg. (1969), S. 787 - 807.
- Kruidenier, H.-J.*, Ziekteverzuim en werkloosheid, een analyse op macroniveau over de periode 1965 - 1982, Amsterdam 1983.
- Kühlewind, G.*, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit?, in: Wirtschaftsdienst, 63. Jg. (1983), S. 562 - 567.
- Die Erweiterung der flexiblen Ruhestandsregelung als beschäftigungspolitisches Instrument, in: WSI-Mitteilungen, 30. Jg. (1977), S. 436 - 443.
- Einführung in den Themenbereich flexible Altersgrenze, in: IAB (Hrsg.), Arbeitszeit und flexible Altersgrenze, BeitrAB 75, Nürnberg 1983, S. 153 bis 162.
- Flexible Retirement Age: Enforced Idleness or Opportunity?, in: International Social Security Agency (Hrsg.), Social Security, Unemployment and Premature Retirement, Studies and Research No. 22, Genf 1985, S. 16 - 25.
- Zur Erweiterung der flexiblen Altersgrenze, in: IAB (Hrsg.), Arbeitszeit und flexible Altersgrenze, BeitrAB 75, Nürnberg 1983, S. 163 - 168.
- Mincer, J.*, Labor Force Participation and Unemployment: A Review of Recent Evidence, in: Gordon, R. A., Gordon, M. S. (Hrsg.), Prosperity and Employment, New York 1966, S. 73 - 121.
- Ministry of Health and Social Affairs, Rising Sickness Absence — A Statistical Analysis, Stockholm 1980.
- Mizraki, A., Mizraki, A.*, Unveröffentlichte Materialien, Credoc, Paris 1984.
- Morse, D. W., Gray, S. H.*, Taking Early Retirement, in: Monthly Labor Review, Vol. 105 (February 1982), S. 53 - 54.
- O. V., Frühverrentung im internationalen Vergleich, in: Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, Nr. 5 (1981), S. 1 - 4.
- Österreichisches Statistisches Zentralamt, Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, m. J., Wien, m. J.
- Peterka, J.*, The Significance of Eearly Retirement in Times of High Unemployment, in: International Social Security Agency (Hrsg.), Social Security, Unemployment and Premature Retirement, Studies and Research No. 22, Genf 1985.
- Price, D. N.*, Income Replacement during Sickness, 1948 - 78, in: Social Security Bulletin, Vol. 44 (May 1981), S. 18 - 32.

- Reno, V. P., Price, D. N., Relationships between Retirement, Disability and Unemployment: The U.S. Experience, in: International Social Security Agency (Hrsg.), Social Security, Unemployment and Premature Retirement, Studies and Research No. 22, Genf 1985.
- Rones, Ph. L., Older Men — The Choice between Work and Retirement, in: Monthly Labor Review, Vol. 101 (November 1978), S. 3 - 10.
- Schettkat, R., Semlinger, K., Der eigenständige Effekt gesundheitlicher Einschränkungen als Vermittlungshemmnis, in: MittAB, 15. Jg. (1982), S. 434 bis 442.
- Schmähl, W.: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit, in: Wirtschaftsdienst, 63. Jg. (1983), S. 337 - 341.
- Schmidt, M., Sozialpolitik für ältere Arbeitnehmer. Untersuchung über Maßnahmen in fünf Ländern, in: Die Angestelltenversicherung, 29. Jg. (1982), S. 420 - 423.
- Schweitzer, S. O., Smith, R. E., The Dynamic Effect of Unemployment on Labor Force Participation, in: American Statistical Association (Hrsg.), 1972 Proceedings of the Business and Economic Statistics Sections, S. 452 - 457.
- Schweitzer, S. O., Smith, R. E., The Persistence of the Discouraged Worker Effect, in: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 27 (1974), S. 249 - 260.
- Simler, N., Tella, A., Labor Reserves and the Phillips Curve, in: Review of Economics and Statistics, Vol. 50 (1968), S. 32 - 49.
- Statistiska Centralbyrån (Hrsg.), Åku Arbetskraftundersökningen, Årsmedeltal, Stockholm m. J.
- Steffen, M., Niestrah, F.-H., Die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt — Individuelles Versagen oder gesellschaftliche Notwendigkeit?, in: Offe, C. (Hrsg.), Opfer des Arbeitsmarktes, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 93 - 120.
- Sturmthal, A., Unemployment, Inflation and „Guest Workers“, Comparative Study of Three European Countries, in: Industrial Relations, Vol. 37 (1982), S. 739 - 764.
- Thon, M., Zur Quantifizierung des konjunkturellen Erwerbspersonenpotentials verheirateter deutscher Frauen, in: Klauder, W., Kühlewind, G. (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 56, Nürnberg 1981, S. 296 - 312.
- U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census (Hrsg.), Statistical Abstract of the United States m. J., Washington D.C., m. J.
- U.S. Department of Labor (Hrsg.), Manpower Report of the President, Washington D.C., 1972.
- U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), Employee Benefits in Medium and Large Firms 1982, Washington D.C., 1983.
- U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), Handbook of Labor Statistics, Washington D.C. 1983.

- U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), *How the Government Measures Unemployment*, Washington D.C., 1977.
- U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics (Hrsg.), *International Comparison of Unemployment*, Washington D.C. 1978.
- Verband deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), *VDR Statistik Rentenzugang des Jahres 1982*, Frankfurt 1983.
- Viklund, B.* (Hrsg.), *Wird in Schweden weniger gearbeitet?*, Stockholm 1981.
- Vollmer, Ch.*, Ältere Arbeitnehmer — Weitere Flexibilisierung, in: *Bundesarbeitsblatt*, Heft 1 (1982), S. 23 - 26.
- Wadensjö, E.*, *Public Policy Toward Disabled Workers: The Case of Sweden. Bericht für die Cross-National Disability Study geleitet von R. H. Have- man und V. Halberstadt*, Dezember 1979.
- Werner, H.*, *Unterschiede in der Erfassung der Arbeitslosigkeit: Ein zwischenstaatlicher Vergleich für die Länder der europäischen Gemeinschaft*, in: *MittAB*, 15. Jg. (1982), S. 50 - 57.
- Wilcox, R. C.*, *The Secondary Labor Force and the Measurement of Unemployment*, Princeton 1955.
- Woytinsky, W. S.*, *Additional Workers and the Volume of Unemployment in the Depression*, New York 1940.